

Berichte der Wahlbeobachter belegen: massive staatliche Manipulation in türkischen Kurdenprovinzen

Schwere Übergriffe auf BDP-Anhänger innen in Van am Wahlabend

Bereits die Wahlen im Zentrum von Van waren unter großer Präsenz von Polizei- und Militäreinheiten vor und in den Wahlgebäuden abgelaufen. Als ab 18 Uhr immer mehr feiernde Autokolonnen und kleinere Gruppen durchs Zentrum zogen, waren zahlreiche Polizei- und Militäreinheiten in der Stadt postiert. Polizisten schwenkten Maschinengewehre über ihren Köpfen und liefen im Trupp und militärische Parolen rufend durch die Straßen. Auch um das Gebäude des Vali waren mehrere Einheiten und Fahrzeuge postiert. Einige Delegationsteilnehmer_innen konnten vom Hotel aus am gleichen Platz schwere Übergriffe beobachten. Immer wieder wurden vorbeifahrende Fahrzeuge und deren Insassen, die Fahnen hochhielten, Siegeszeichen zeigten und Parolen riefen von am Rand stehenden Polizisten bedroht und einige Male mit Schlagstöcken geschlagen. Auch wurde willkürlich auf vorbeiziehende Fussgänger_innen geprügelt. In einem Fall wurden ein passierender Kleinbus und deren Insassen von ca. 10 behelmten Polizist_innen angegriffen. Die Türen wurden aufgerissen, es wurde brutal mit Schlagstöcken auf die Insassen eingepregelt, die Fenster wurden zerschlagen. Schließlich wurde der blutüberströmte Fahrer aus dem Fahrzeug gezerrt und unter weiterer Prügel zum Gebäude des Vali geschleppt. Der Minibus und die anderen vermutlich verletzten und unter Schock stehenden Insassen konnten unmittelbar nach diesem Angriff weiterfahren.

Darüber hinaus wurde das Gebäude der Kommunalverwaltung in Van angegriffen, Wasserwerfer, Gasgranaten und nach einzelnen Berichten auch scharfe Munition gegen die feiernde Bevölkerung eingesetzt. Erst kurz vor Mitternacht zogen sich die Einheiten zurück.

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/22.htm>

Delegationsbericht über die Wahl in Erciş, Region Van

TeilnehmerInnen: İlke Polat, Brigitte Wolf, Kerem Schamberger

Auf Einladung der BDP beobachteten wir am 12.6.2011 den Wahlvorgang zu den Parlamentswahlen in verschiedenen Wahllokalen in Erciş und Umgebung.

Dabei stellten wir folgende strukturelle Defizite fest:

1. Die landesweite 10%-Hürde behindert den Wahlerfolg neuer politischer oder regional tätiger Kräfte
2. Abhängig von den Absichten des Wahlvorstands in den einzelnen Wahllokalen behindert die Präsenz bewaffneter Kräfte (Polizei, Jandarma, Militär), selbst direkt vor den Wahlurnen, die freie, demokratische und unbeeinflusste Wahlentscheidung. Der gesetzlich vorgesehene Abstand von 15 Metern wurde dabei in der Regel nicht eingehalten.
3. Die Gestaltung der Stimmzettel benachteiligte eindeutig die unabhängigen KandidatInnen. Ihre Namen wurden in Schrittgröße 8 gedruckt und waren selbst mit Brille schwer lesbar.
4. Zudem erfuhren wir, dass im Ausland lebende Türken und Kurden unabhängige KandidatInnen nicht wählen konnten.

Neben diesen strukturellen Defiziten müssen wir von folgenden Vorfällen im Gebiet Erciş berichten:

1. Im Dorf Haşrof war schwer bewaffnetes Militär im Wahllokal, vom Wahlvorstand geholt zur Streitschlichtung. Der befehlshabende Offizier sicherte zu, nach einer halben Stunde das Wahllokal wieder zu verlassen
2. In der Yeşilova Mahallesi (Ziya Gökalp Grundschule), einer Hochburg der BDP, trat die anwesende Polizei (zivile und uniformierte Kräfte) äußerst provokant auf. Die WählerInnen mussten einzeln durch eine ganze Reihe von Polizeikräften gehen. Auch hier hatte der Wahlvorstand die Polizei gerufen. Später verhaftete die Polizei zwei Mitglieder der Wahlkommission (BDP) unter dem Vorwand der Wahlfälschung. Dies führte zu Protesten der Nachbarschaft, die Polizei holte Verstärkung, darunter auch einen Panzer. Ab diesem Zeitpunkt war der Wahlvorgang vor Ort faktisch beendet.
3. Vor einigen Schulen war das Militär bewaffnet mit G3-Maschinengewehren. Diese werden sonst nur in Kriegseinsätzen verwendet.
4. In der Kadir Rezan Has Grundschule wurde der BDP-Vertreter in der Wahlkommission zusammengeschlagen.

Von weiteren Wahllokalen wurde uns Ähnliches berichtet.

5. Ein Wähler berichtete von einem Vorfall bei dem Wahlgang seiner blinden, etwa 90-jährigen Großmutter. Der Wahlleiter, der ihr helfen sollte, versuchte fälschlich eine Partei zu wählen. Erst auf Intervention des Enkels wurde der Wahlvorgang wiederholt, die Stimmabgabe erfolgte für einen unabhängigen Kandidaten.

6. In der Solucayır Mahallesi wurde berichtet, dass die Polizei Wähler durchsucht und nicht nur den Ausweis kontrolliert.

Nach Schließung der Wahllokale und bei der ersten Auszählung der Stimmen konnten wir keine Unregelmäßigkeiten mehr feststellen. Auch das neu erstellte elektronische Wahlregister hat sich aus unserer Sicht bewährt.

Wir gratulieren der Bevölkerung, dass sie trotz all dieser Provokationen und Einschüchterungen an ihrem Wahlrecht festhielten.

Wir beglückwünschen Özdal Üçer und die anderen gewählten unabhängigen Kandidatinnen und Kandidaten zu ihrem Wahlerfolg.

Erciş, 13.06.2011

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/20.htm>

Nürnberger Delegation entgeht knapp einem Handgranatenangriff

Nachdem die kurdische Partei BDP in Sirnak, kurdische Stadt an der Grenze zum Irak in der Türkei, ihre Kandidaten mit deutlicher Mehrheit ins Parlament gebracht hat, wurde friedlich gefeiert. Dann wurde eine Handgranate in die Menge geworfen. Unsere Wahlbeobachter-Delegation aus Nürnberg war nur wenige Meter von dem Anschlagort entfernt. 12 Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Bei den anschließenden Tumulten setzte die Gendarmerie Tränengasgranaten ein und beschoss auch uns und unsere DolmetscherInnen, obwohl bekannt war, dass wir an dieser Stelle aufhielten.

Die Sicherheitskräfte griffen zudem Menschen an, die sich vor dem Krankenhaus versammelt hatten, um etwas über die Verletzten zu erfahren. Dabei beschoss die Jandarma auch das Krankenhaus und zerstörte alle Scheiben.

Da dies nicht der einzige Anschlag war, sondern ganz ähnliche in mehreren anderen Städten im kurdischen Gebiet, kann von einer gezielten Provokation ausgegangen werden. Das Wahlbündnis der BDP, die zu den großen Gewinnern der Wahl gehört, soll damit wohl eingeschüchtert werden. Die Wahl selber verlief in dem Teil, den die Wahlbeobachter in Augenschein nehmen konnten, dank örtlicher und europäischer Wahlbeobachter so normal wie schon lange nicht mehr. Bis auf kleinere Vorkommnisse waren große Manipulationen nicht zu erkennen. Aber offensichtlich sollte das Wahlergebnis im Nachhinein korrigiert werden durch diesen feigen Anschlag.

Die Wahlbeobachter-Delegation konnte mit eigenen Augen sehen, dass die Provokationen ausschließlich von den Sicherheitskräften ausging. Sie ließen sich auch durch die Anwesenheit ausländischer Delegationen, die sich zu erkennen gaben, nicht von ihren Anschlägen abhalten. Wir protestieren aufs Schärfste, werden uns an die deutsche Botschaft wenden und offiziell Protest einlegen.

Harald Weinberg
Mitglied des Deutschen Bundestag

Marion Padua
Stadträtin Linke Liste Nürnberg

Markus Schuler
Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten

Für weitere Informationen bei Harald Weinberg: 0179 6991662

Bericht Wahlbeobachtung in Sirnak am Wahltag, den 12.6.2011:

Unsere Aufgabe war es, Wahllokale in der Provinz Sirnak, Kreis Uludere und Beytüssebap zu besuchen und die Wahlen zu beobachten.

In Uludere selbst wurden wir von der Bürgermeisterin begleitet und besuchten zunächst mehrere Wahllokale in einer Schule.

Das Militär war auch hier in sichtbarer Entfernung postiert. Im Vorraum war Polizei, die eigentlich 15 Meter Abstand halten sollte. Darauf angesprochen, meinte einer der Vorgesetzten, er sei für das ganze Haus zuständig. Dann gab es Streit darüber, ob die Bürgermeisterin uns begleiten dürfe oder dies nicht auch eine Beeinflussung darstelle. Der Polizeioffizier kündigte eine Anzeige gegen die Bürgermeisterin an. Wir wiesen darauf hin, dass auch der Gouverneur anwesend sei, der vom Staat eingesetzt wird und einiges an Machtbefugnissen hat, weil er z.B. über die Zuteilung der grünen Karten entscheidet, mit denen eine Grundhilfe und Gesundheitsversorgung gewährt wird. Der Polizeibeamte wollte da keine Parallelität sehen. Es war in dem Fall ein Glück, dass der Richter kam, der von der Hohen Wahlkommission berufen war. Er wirkte tatsächlich mäßigend auf den Konflikt ein und brachte die Polizeikräfte dazu, Abstand zu halten. Später hörten wir, dass er den Polizeioffizier wohl auch dazu gebracht hat, die Anzeige zurück zu ziehen.

In einem weiteren Wahllokal keine Vorkommnisse und ein ruhiger, geordneter Verlauf. Allerdings konnten wir auf dem Weg eine Häufung von Militärbewegungen beobachten. Ganz offensichtlich wurden im größeren Umfang Truppen verlegt. Die Präsenz des Militärs ist ohnehin extrem hoch.

Ein Wahllokal im Kreis Uludere: Hier waren bewaffnete Sicherheitskräfte im Vorraum, was nach der 15 Meter-Regel nicht sein darf. Darauf angesprochen gab es keine Reaktion. Allerdings machten auch die unabhängigen Wahlbeobachter keine große Sache daraus.

In einem Wahllokal in der Stadt Uludere kurz vor Beginn der Auszählung: Sicherheitskräfte sind noch im Korridor und es geht um die Frage, ob sie das Wahllokal nun von innen oder von aussen abschliessen. Drinnen haben sie eigentlich nichts verloren. Das Problem wurde dann dadurch gelöst, dass ein zusätzlicher unabhängiger Wahlbeobachter mit hinein durfte, um sicher zu stellen, dass keine Urne entwendet wird und die Auszählung nicht manipuliert wird.

In einer anderen Schule das gleiche Problem. Es wurde auch berichtet, dass Sicherheitskräfte in einem Wahllokal eine Urne geöffnet hätten. Der Verantwortliche der Sicherheitskräfte versuchte uns das so zu erklären, dass die Wahlleiterin als schwache Frau die Urne nicht aufgebracht hätte und daher sie zur Hilfe gerufen hätte. Nachdem aber auch der Rechtsanwalt des BDP-Wahlbündnisses meinte, da sei nichts weiter geschehen, haben wir den Vorfall nur aufgenommen, aber nicht weiter verfolgt. Nach unserer Intervention sind die Sicherheitskräfte hier raus und haben die Schule von aussen geschlossen.

Vor der Parteizentrale der BDP erfuhren wir von den eingehenden Ergebnissen, die wie erwartet positiv für das Wahlbündnis ausfielen. Das erhöhte wohl noch mal die Aggressivität, denn plötzlich hieß es, eine Wahlurne solle mit einem Panzerwagen statt - wie vorgesehen - mit einem Bus transportiert werden. Eine Rechtsanwältin griff dort ein, was ihr zwar einige Beleidigungen einbrachte, aber immerhin zum Ergebnis hatte, dass die Urne wie vorgesehen transportiert wurde.

Zurück in Sirnak fiel uns sofort die sehr gedrückte Stimmung auf. Wir erfuhren dann, dass Anhänger der BDP angegriffen und mehrere Menschen verletzt worden sind. Der Parteivorsitzende wirkte mäßigend auf die aufgebrauchten Menschen ein.

Später wurden die Wahlergebnisse von Sirnak bekannt. Alle 3 Kandidat/innen - von denen allerdings 2 derzeit inhaftiert sind - sind gewählt worden. Jetzt gab es großen Jubel und eine große Begeisterung bei den Menschen.

Tausende Menschen waren auf den Beinen und feierten ausgelassen mit Feuerwerk und Autokorsos, bis zu dem schrecklichen Anschlag mit einer Handgranate, die in die frierende Menge geworfen wurde.

In gedrückter Stimmung warten wir jetzt auf die Weiterfahrt nach Diyarbakir.

Harald Weinberg (MdB)/ Bediye Eskin

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/19.htm>

Keine fairen Wahlen in der Türkei **In einigen Wahllokalen werden KurdInnen zur Wahl der AKP gezwungen**

12.06.2011

Am heutigen Sonntag finden in der Türkei Parlamentswahlen statt. Dass in der Türkei Wahlen nicht fair und frei ablaufen, ist bekannt. Die 10% Hürde, Repressionen gegen Kandidaten und Wähler, v.a. kurdische, sind nur einige Beispiele hierfür.

Bereits jetzt, drei Stunden nach Öffnung der Wahllokale vermelden örtliche Wahlbeobachter, unter ihnen auch Delegationen aus Deutschland, schwere Verletzungen des Rechts auf freie und faire Wahlen. Polizei- und Militärpräsenz vor und in den Wahllokalen, Repressalien und Festnahmen von kurdischen WählerInnen, Stimmzettelabgabe an AKP-Wähler vor den Wahllokalen uvm. Berichten örtlicher Agenturen zufolge sollen am Vortag aus der Ägäisregion 10 Busse mit AKP-Wählern nach Amed (Diyarbakir) gebracht worden sein.

Die AKP, der durch die unabhängigen KandidInnen des Blockes für Demokratie, Arbeit und Freiheit ein deutlicher Stimmeneinbruch insbesondere in Nordkurdistan droht, versucht mit jeglicher Gewalt dies zu verhindern. Das Verteilen von Lebensmittelrationen und Geld an kurdische Familien durch AKPler im Vorfeld der Wahlen sind weitere Mittel zum Zweck.

Wir fassen einige von den internationalen Wahlbeobachterdelegationen gemeldete Vorfälle zusammen:

- kanadische Delegation: Polizei trägt bei eigener Stimmabgabe Waffen
- italienische Delegation in Dersim (Tunceli): in Pülümür wird verhindert, dass alte Menschen von Familienangehörigen begleitet werden, der Vorsitzende der Wahlkommission in Ovacik macht Schwierigkeiten, in Pertek werden WählerInnen fotografiert
- norwegische Delegation in Siirt: im Dorf Ekindüz versuchte man WählerInnen zu behindern, einer wollte für alle wählen, örtliche Wahlkreisbeauftragte verhinderten dies
- dänische Delegation in Siirt Pervari im Dorf Dügüncüler: in der Schulklasse, in der die Wahlurnen 1033 und 1034 stehen, saßen bewaffnete Soldaten an den Urnen; die Mitglieder der Delegation wurden gewaltsam aus der Schule gebracht
- deutsche Delegation in Van – Bahcesaray: über Funk wurde Polizisten die Anweisung gegeben die ausländischen Beobachter nicht in die Wahllokale zu lassen, da sie nicht auf den offiziellen Listen des Hohen Wahlrates für Beobachter stehen; örtliche Wahlbeobachter wurden geschlagen und festgenommen; anstelle des Vorsitzenden des Wahlvorstandes saß ein Polizeibeamter an seinem Platz; der von Polizisten einzuhaltende Abstand von 15 Metern wurde verletzt; WählerInnen wurden vor Stimmabgabe durchsucht; gewählt wurde unter Polizeipräsenz
- deutsche Delegation in Bitlis – Adilcevaz, Güzelsu, Yogyurtyemez, Porhuz: die Delegationsmitglieder wurden der Wahllokale verwiesen
- deutsche Delegation in Bitlis – Zentrum: die Wahlurne 1025 im Bitlis Imam Hatip Gymnasium erhielt keinen ordnungsgemäßen Stempel, die Delegationsteilnehmer wurden an Beobachtung und Fotografieren gehindert; die Polizisten, die im Wahllokal an Urne 1025 wählen müssen, wählen zudem an Urne 1024, also doppelt; in der Grundschule 8. August haben Polizisten, die an Urne 1065 gewählt haben, auch an 1069 gewählt, somit zweifach ihre Stimme abgegeben
- deutsche Delegation Bitlis – Dörfer: in Müzik und Yukarikaraboy zwingen die Vorsitzenden des Wahlvorstandes zu gemeinsamer Stimmabgabe und Wahl der AKP

- deutsche Delegation Hakkari – Zentrum: AKP-Anhänger hatten unechte Stimmzettel dabei und wollten diese abgeben
- deutsche Delegation Sirnak – Güclükonak: 5 türkische Staatsbürger, die aus dem Irak angereist sind, werden am Wählen gehindert, obwohl sie ordnungsgemäß gemeldet sind
- deutsche Delegation Antep – Zentrum: der Wahlvorstandsvorsitzende drängt die WählerInnen dazu, AKP zu wählen; in der Grundschule Azize Abdülkadir Hamamcioglu hat die AKP gegenüber dem Wahllokal einen Informationsstand aufgestellt und drängt die WählerInnen zur Wahl der AKP
- französische Delegation Erzurum: ausländische Wahlbeobachter werden gefilmt, ihnen wurde mit Festnahme bei erneutem Betreten eines Wahllokales gedroht
- britische Delegation Bingöl: im an das Zentrum angeschlossenen Dorf Saban sitzt ein führendes Gendarmeriemitglied anstelle des Vorsitzenden des Wahlvorstandes
- österreichische Delegation Urfa – Siverek: im Dorf Uzunziyaret wählt einer für alle Dorfbewohner; im Dorf Bejik wird starker Druck durch die Gendarmerie ausgeübt
- schwedische Delegation in Mardin – Zentrum: der Vorsitzende des Wahlvorstandes hat die Wähler mit den Worten „Wenn ihr Muslime seid, wählt ihr diese Partei“ zur Wahl der AKP gedrängt; vor der Schule wurden AKP Embleme tragende Personen gesehen

Der Ausgang der Wahlen ist somit schon jetzt unglaublich.

Wir verurteilen diese Vorgehensweise und rufen zu internationalem Protest auf.

weitere Hintergrundinformationen unter: <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/index.htm>

YEK-KOM - Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.

CENI - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.

YXK - Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.

KURD-AKAD - Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/06.htm>

BAHÇESARAY-VAN, ERCİŞ-VAN, İĞDIR, 12.06.2011

BAHÇESARAY-VAN

Bärbel Beuermann, Kerstin Kuballa und Ali Naki

Die Beobachterdelegation wurde seitens des Landrats davon abgehalten, die Wahllokale (Schulgebäude) zu betreten. Nach der Bekanntgabe der Entscheidung über Lautsprecher wurde ihnen der Zugang zu sämtlichen Schulen verweigert. Es wurde beobachtet, dass die Jandarma großen Druck ausüben. Es gelang fünf Dörfern in Bahcesaray aufzusuchen, wobei der Gruppe bei zwei Dörfern der Zutritt mit der Androhung einer Festnahme verweigert wurde. In Altindere haben Dorfschützer BDP-Mitglieder attackiert, ein BDPler wurde am Kopf verletzt.

ERCİŞ-VAN

Kerem Schambarger, Brigitte Wolf und İlke Polat

In diesem Kreisgebiet gibt es infolge von Polizeiübergriffen Festnahmen und Verletzte unter den lokalen Wahlbegleitern. Die Wahlbeobachter sind noch immer damit beschäftigt.

İĞDIR

Marie-Yvonne Mateous, Regis Mateous und Gülferiz Contay

Die Beobachtergruppe hat bei zwei von insgesamt sechs aufgesuchten Dörfern Problemfälle benannt. Im zum Kreis Aralik gehörenden Dorf Gödek war der Kreisvorsitzende der BDP Angriffen von Seiten der AKPler ausgesetzt. Es wurde festgestellt, dass die Wahlbeteiligung aufgrund der Migration, die durch die saisonale Weidewirtschaft bedingt ist, gering ausgefallen ist. Die Wahldestrikte wurden überwiegend zusammen mit Rechtsverteidigern aus der Region bereist.

PATNOS-AĞRI

Martin Dolzer, Britta Eder

Es wurden die Orte ausgesucht, die von den "Krisentischen" (Runde Tische) der NGOs ausgewählt worden waren. Polizeikräfte hätten sich in unmittelbarer Nähe den Wahlurnen aufgehalten. Die Beobachtergruppe wurde von Polizisten verfolgt, wobei es gelang, Schulen aufzusuchen und zu verlassen, ohne dass die Polizei dieses verhindern konnte. Später wurden deren Reisepässe beschlagnahmt und sie lange Zeit in Untersuchungshaft gehalten. Man habe sie mit der Entschuldigung "Machen Sie es, wie Sie meinen" entlassen. Die Gruppe habe sich mit lokalen Rechtsverteidigern im Auftrag des Internationalen Menschenrechtsgerichtshofes ausgetauscht.

ARDAHAN

Heidrun Dittrich, Cornelia Reinauer, Ephraim Nathan Minzloff, Frank Schütz und Nihal Bayram

Es wurde beobachtet, dass die Polizeikräfte auf die Bevölkerung Druck ausgeübt hätten. Im Dorf Yagmurlu hätte man das Wahlverfahren entgegen der Wahlregularien eine Stunde vor Ablauf der Frist beendet und das Wahllokal geschlossen.

KARS

Brigitte Kiechle, Dr. Nikolaus Brauns, Ulf Petersen, Yılmaz Kaba, Gül Güzel, Melanie Küpper und Abdullah Polat
In Sarikamis gebe es einen enormen Druck seitens der Polizeikräfte. In vielen Dörfern wurde der Dorfvorsteher die Bevölkerung dazu drängen, die Stimmen der AKP zu geben. In Kars konnte erreicht werden, dass die an den Wahlurnen postierten Polizisten sich nach Eingreifen der Beobachter entfernt hätten.

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/index.htm>

Dersim, Adana, Antep ..., 12.06.2011

DERSİM

In der Mittelschule/Gymnasium von Çemişgezik Ertuğrul Gazi hat der Wahlvorstandsvorsitzende darauf bestanden, die Stimmen aus den Wahlurnen 1006, 1007 und 1008 geheim auszuzählen und daher die italienische Beobachtergruppe aus dem Gebäude verwiesen.

In Mazgirt waren Soldaten unmittelbar an den Urnen postiert und haben den Beobachtern verboten, Aufnahmen zu machen.

In Pülümür und Nazmiye haben die Wahlkommissionsbeauftragten die älteren Wähler dazu gedrängt, die CHP zu wählen.

ADANA

In Adana wurde eine Beobachtergruppe aus Deutschland durch die Sicherheitskräfte festgenommen. Als diese darauf hingewiesen haben, diese Maßnahme in ihrem Beobachterbericht zu erwähnen, wurden sie frei gelassen. Die Beobachtergruppe wird weiterhin von der Polizei verfolgt und beschattet.

ANTEP

Die aus Deutschland kommende Beobachtergruppe wurde vor laufender Polizeikamera verhört. Die Gruppe wird weiterhin verfolgt.

MARDİN

In Mardin haben laut der Beobachtergruppe aus Schweden die Sicherheitskräfte den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestabstand von 15 Metern zur Wahlurne verletzt. Die Sicherheitskräfte haben sich nach dem Einschreiten der Delegation zurückgezogen.

MUŞ

Die Beobachterdelegation aus Kanada wurde auf dem Weg nach Muş von Spezialkräften angehalten. Die Spezialkräfte wollten das Fahrzeug der Delegation durchsuchen und mussten dieses unterlassen nachdem die Gruppe aufgrund der fehlenden richterlichen Erlaubnis dies verweigert hatte. Die Personalien der Delegation wurden aufgenommen.

SIİRT

Ein Leutnant und ein Gemeindevorsteher haben mit weiteren 9–10 Hirten im Dorf Kirktepe in die Wahlurne 1003 insgesamt 75 Stimmen abgegeben.

Als die Beobachterdelegation aus Dänemark in der Ayyıldız-Grundschule in Siirt eingetroffen ist, hat die Polizei ihre Pässe eingezogen und die Gruppenmitglieder beschimpft und beleidigt.

Nach den Beobachtungen der Delegation aus Frankreich hat der Gemeindevorsteher in Erüh im Dorf Yokuslu offen wählen lassen. Die Wähler werden durch die Präsenz und Einwirkung der Polizei gezwungen bzw. gedrängt, die AKP zu wählen.

ERZURUM

Die Beobachterdelegation aus Frankreich hat auf Drohungen des Polizeichefs von Erzurum hin die Stadt verlassen müssen.

BATMAN

Die deutsche Delegation berichtet aus Batman, dass die Polizei den Mindestabstand von 15 Metern zur Wahlurne klar verletzt und mehrere Polizisten unmittelbar an den Wahlurnen positioniert sind.

HAKKARİ

Im Stadtteil Bağlar von Hakkari ist ein Mitglied der Wahlkommission in der Grundschule Hacı Salih Şen verhaftet worden.

BİNGÖL

Die Beobachterdelegation aus England hat eine Fehlzählung im Dorf Şaban festgestellt und diesbezüglich ein Schreiben an die Hohe Wahlkommission verfasst. Diese hat daraufhin die Stimmen neu auszählen und das Protokoll korrigieren lassen.

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/09.htm>

A SIVEREK STADT

Delegierte

Nurhan Agit

Fidel Bicer

Mahmut Ertas

Beginn 7 .15 Uhr

Ende 14.00 Uhr

1 Mimar Sinan İlköğretim Okulu

Polyeipraesenz in unmittelbarer Naehe

Im Uebrigen keine Auffaelligkeiten !

2 Cebeci İlköğretim Okulu

Erhoehte Praesenz der Polizeikraefte sowie Personendurchsuchung

Beobachtung des Schulgelaendes durch auffällige Personen

3 Anadolu Öğretmen Lisesi

Koordination der Wahlberechtigten durch einen Zivilpolizisten

Begleitung von Wahlberechtigten durch den Wahlleiter in die Wahlkabine

4 Anadolu Lisesi

Keine Auffaelligkeiten

B SIVEREK DOERFER

1 Yucelen Koeyue

Wahlurne wies deutlich mehr Wahlzettel auf als die geleisteten Unterschriften auf dem Waehlerliste
Saemtliche auf der Waehlerliste geleisteten Unterschriften wiesen jeweils die selben Muster auf
Gemeindevorsteher griff vehement ein als der Wunsch geaussert wurde die Waehlerliste sehen zu wollen

2 Sekerli Koeyue

Saemtliche auf der Waehlerliste geleisteten Unterschriften wiesen jeweils die selben Muster auf
Die Wahlleiterin vermeldete Unregelmassigkeiten bei der Wahl
Praesenz der Gendarmerie

3 Bueyuek Kazanlı Koeyue

Saemtliche auf der Waehlerliste geleisteten Unterschriften wiesen jeweils die selben Muster auf
Hohe Praesenz der Gendarmerie

4 Sarioeren Koeyue

Anwesenheit von Nichtmitgliedern der Wahlleitung in unmittelbarer Naehue der Wahlkabinen
Nutzung der Wahlkabinen durch mehrere Wahlberechtigte gleichzeitig
Anwesenheit der Gendarmerie in der unmittelbaren Naehue der Wahlurnen
Saemtliche auf der Waehlerliste geleisteten Unterschriften wiesen jeweils die selben Muster auf

5 Tasli Koey

Saemtliche auf der Waehlerliste geleisteten Unterschriften wiesen jeweils die selben Muster auf

6 Ortatasli Koeyue

Saemtliche auf der Waehlerliste geleisteten Unterschriften wiesen jeweils die selben Muster auf

7 Karakeci Koeyue

Wahlurne wies deutlich mehr Wahlzettel auf als die geleisteten Unterschriften auf dem Waehlerliste
Anwesenheit der Gendarmerie in der unmittelbaren Naehue der Wahlurnen

FAZIT

Beim Durchgang der einzelnen Wahllokale fiel jeweils die Praesenz der Sicherheitskraefte auf. In der Stadt Siverek waren Mitglieder der 'Cevik Kuvvet' in den Doerfern die Gendarmerie praesent.

Diese Sicherheitskraefte hielten sich in der Regel unmittelbar an den Wahlurnen auf oder waren jeweils am Eingang der Wahllokalen.

Die Besichtigten Waehlerlisten wiesen Unterschriften auf welche offensichtlich jeweils aus wenigen Haenden stammen mussten. Die Schriftbilder aehnelten sich merklich.

Diese Feststellungen fuehren zu der Annahme dass die Abgabe der Stimmen unter hoher Praesenz der Sicherheitskraefte erfolgte. Die Anwesenheit der Sicherheitskraefte teilweise direkt an den Wahlkabinen fuehrte nicht zuletzt dazu dass die Wahlberechtigten sich unsicher geradezu bedroht fuehlten. Dies ergab auch Nachfragen bei den Wahlberchtigten.

Weiterhin konnte insbesondere durch die ausdrueckliche Aussage einer Wahlleiterin im Dorf SEKERLI festgestellt werden dass versucht worden ist auf die dortige Wahlleitung Druck auszuueben damit Unregelmassigkeiten geduldet werden sollen. Eine solche Regelmassigkeit bildete zum Beispiel die Nutzung der Wahlkabinen durch mehrerere Personen gleichzeitig. Eine durch unsere Delegation an die staedtischen hohen Wahlleitung vermittelte Nachricht fuehrte dazu dass die Wahlabgabe ab 13 Uhr gestoppt worden ist.

Ein besonderes Phaenomen bildeten weiterhin die Feststellung betreffend die durch Dritte als die eigentlichen

Wahlberechtigten selbst geleisteten Unterschriften. Offenbar hatten jeweils einige wenige Personen für mehrere Personen Stimmen abgegeben. (sog. Blockstimmen). Dieses Phänomen konnte mit einigen wenigen Ausnahmen durchgehend beobachtet werden. Die auf dieses Phänomen angefragten Wahlleiter konnten nur mit einiger Verlegenheit erklären, dass Sie zu einer gewissen 'Flexibilität' gezwungen seien. Das sei schließlich früher noch schlimmer gewesen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die erwähnten Unregelmäßigkeiten nicht für ein ordentliches demokratisches Wahlverhalten sprechen, das die gleichen und geheimen Eigenschaften der Wahlen entsprochen hätte.

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/07.htm>

Büyük Ciftlik, 12.06.2011

14:30 - Das Militär und der Aga in Büyük Ciftlik machen Druck auf die Wähler, die AKP zu wählen. In Büyük Ciftlik ist das Militär mit großem Aufgebot und Panzern vor dem Wahllokal. Die Soldaten gehen ungehindert im Wahllokal ein und aus.

Auf die Frage von Wählern, wenn sie wählen sollen, hat der BDP-Vertreter daraufhin geantwortet, dass sie selbst entscheiden sollten, wenn sie wählen wollen. Auf diese Antwort hin ist ein Streit zwischen dem Stellvertretenden Bürgermeister und dem BDP-Vertreter entbrannt. Im Verlauf des Streits hat der stellv. Bürgermeister jemanden über Handy angerufen und lautstark diesen dazu aufgefordert, mit seiner Waffe herzukommen.

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/11.htm>

Patnos, 12.06.2011

12:00 – In sämtlichen Wahllokalen ist die Polizei unmittelbar an den Wahlurnen postiert.

12:00 – Viele Menschen, vor allem Jüngere, wurden geschlagen, bedroht und der Wahllokale verwiesen. Hierbei wurde auch eine alte Frau geschlagen und aus dem Wahllokal vertrieben.

Sicherheitskräfte in Zivil, als auch Uniform, gehen gegen potenzielle Wähler der unabhängigen Kandidaten sehr aggressiv vor. Dabei werden offene Drohungen ausgesprochen und vereinzelt Menschen geschlagen und vertrieben.

12:15 – In mindestens 10 Dörfern mit einem Stimmanteil von über 1000 steht das Militär in den Wahllokalen und füllt die Wahlzettel mit AKP Stimme selbst aus.

12:30 – Die Polizei ermittelt in mindestens einem Wahllokal am PC über Internet die Wahlnummern der Wähler, obwohl nur die Wahlkommission das darf. So kriegt sie heraus, wann die Wähler zur Wahl gegangen sind.

Laut Wahlgesetz darf nur die Wahlkommission die Nummern vergeben und daher vor allen Wahllokalen Listen mit den Wahlnummern veröffentlicht.

12:45 – Die Präsidenten und der Wahlkommission wurden durch die Sicherheitsbehörden dazu gedrängt, auszusagen, dass sie die Polizei ins Wahllokal gerufen hätten. Einige Mitglieder der Wahlkommission und ihrer Präsidenten haben diese Aussage verneint und darauf hingewiesen, dass sie mit Drohungen unter Druck gesetzt wurden und daher diese Aussage getätigt haben.

Es stechen in einigen Wahllokalen Unstimmigkeiten bzgl. dieser Praxis hervor, da die Mitglieder sich teils widersprochen haben. Einige haben betont, dass sie dies nicht verantworten können und daher in diesem Zusammenhang nicht lügen können.

13:00 – Die Wahlbeobachtergruppe in Patnos wurde offen und aggressiv bedroht.

Situation vor den Wahlen

Delegation aus Hamburg und Berlin 11.06.2011 14:28

IM VORFELD BEGANN EINE ESKALATIONSSTRATEGIE DES TÜRKISCHEN STAATES

Innerhalb von 50 Tagen kam es erneut zu 2506 Festnahmen kurdischer PolitikerInnen und AktivistInnen. Die Festnahmewelle Welle begann im März zum Newroz Fest 2011, steigerte sich nach den erfolgreichen Protesten gegen die Nichtzulassung linker, prokurdischer Kandidaten und Kandidatinnen zur Parlamentswahl und führte zu mehr als 2506 Festnahmen und hunderten Haftbefehlen in den letzten 50 Tagen. Nach einer Bilanz des Menschenrechtsvereins IHD wurden nach dem Veto der hohen Wahlkommission, zwischen dem 19. und 29. April alleine 831 Personen, davon 198 Kinder und Jugendliche festgenommen. In dieser Phase wurden 2 Demonstranten von der Polizei getötet und mindestens 308 Personen in diesem Rahmen verletzt.

Vor den Wahlen wurde ein neues Wahlgesetz verabschiedet. Darin wird u.a. geregelt, dass Polizisten und Militär (Jandarma) in Wahllokale gehen können und sich dort bewaffnet 15 m vor den Wahlurnen postieren dürfen. Vorgeblich soll das in den kurdischen Provinzen dazu dienen Unruhen zu verhindern. Die „Sicherheitskräfte“ sollen auf Zuruf der Wahlleiter intervenieren können. Bei den letzten Wahlen (Parlamentswahlen 2007 und Kommunalwahlen 2009, wurden die Wahlleiter meist von der AKP gestellt. Sie trugen in den meisten kurdischen Provinzen zu massivem Wahlbetrug bei. Urnen verschwanden, Militärs bedrohten die WählerInnen nicht die Kandidaten der BDP zu wählen, Wahlzettel wurden zugunsten der AKP gefälscht usw. Hier wird hier die militärische Besatzung bis ins Wahllokal fortgesetzt.

DIE REGION VAN VOR DEN WAHLEN

Wenige Tage vor unserer Ankunft in Wan der ehem. Bürgermeister der Kleinstadt Elbak (Başkale) in der Nähe von Van inhaftiert. Zuvor hatte es massive Proteste gegen einen Besuch des Ministerpräsidenten Erdoğan in Elbak gegeben. Viele schätzen die Inhaftierung des ehem. Bürgermeisters als Racheaktion des Staates ein. Zuvor war ihm schon wegen angeblicher „Propaganda für eine verbotene Organisation“ vom Innenministerium das Mandat entzogen worden. Die Bevölkerung reagierte auf die Inhaftierung mit massiven Protesten, die von Polizei gewalttätig aufgelöst werden sollten, was zu heftigen Kämpfen mit vielen Verletzten führte. Der ehem. BDP Bürgermeister, wie auch der amtierende BDP Bürgermeister von Başkale überlebten nur wenige Wochen zuvor einen Polizeiangriff nur mit Glück. Polizisten hatten auf sie gezielt und gezielt das Feuer eröffnet.

Aber nicht nur in den kurdischen Provinzen geht die Polizei mit sich vor den Wahlen intensivierender Repression gegen Strukturen der BDP vor. So kam es am Tag unserer Ankunft zu Festnahmen von 16 BDPlerInnen in Istanbul und Razzien bei denen Wohnungen verwüstet, Fenster zerschlagen und Türen aufgebrochen worden sind.

Erst am 10.09. wurden in der kurdischen Stadt Midyat im Anschluss an ein Solidaritätskonzert für die Inhaftierte unabhängige Kandidatin Gülser Yıldırım DemonstrantInnen, die zum Gebäude der AKP ziehen wollten zunächst mit Wasserwerfern und Tränengas von der Polizei angegriffen, anschließend gingen mit Knüppeln und Messern bewaffnete AKP Anhänger auf die fliehenden los.

VERSUCHE VON BESTECHUNG UND ERPRESSUNG IM VORFELD DER WAHLEN

Aus vielen Regionen der Provinz Wan, wie auch aus allen anderen kurdischen Provinzen in der Türkei häufen sich die Berichte von Bestechungs- und Erpressungsversuchen durch staatliche Kräfte.

Militär rückte beispielsweise nach Berichten von DorfbewohnerInnen in Dörfern in der Nähe der Kreisstadt Catak nahe Wan ein und bedrohte die Bevölkerung, wenn sie nicht AKP wählten, seien sie selbst verantwortlich was ihnen passieren würde. Auch aus der Region Elbak (Başkale) sind mehrere ähnliche Fälle bekannt geworden. Oft ziehen Gouverneur und Polizei zusammen durch die Stadt um die Menschen dazu zu bringen AKP zu wählen.

Auch aus dem Stadtgebiet von Wan wurde übereinstimmend von Menschen aus der Bevölkerung berichtet, wie AKP Angehörige Geld, Kühlschränke und Ähnliches verteilten um die Bevölkerung zu bestechen. Sie versuchen damit die Armut der Region, welche durch systematische Ausbeutung von Mensch und Natur durch den türkischen Staat und europäische und US-amerikanische Interessen herbeigeführt wurde zu nutzen um die Menschen dazu zu bringen die Partei zu wählen, die für eben diese Politik steht. Weiterhin versucht die AKP hier die Religiosität vieler

Menschen in der Region für ihre Zwecke zu benutzen, indem sie als Gegenleistung für ihre „Geschenke“ die Bevölkerung auf den Koran schwören lässt die AKP zu wählen. Weiterhin verlangt die AKP das Einsenden von Handyphotos vom entsprechend angekreuzten Wahlschein.

Die Bevölkerung geht jedoch meist nicht mehr auf die Bestechungen ein und lässt in vielen Stadtvierteln Wans die Lastwagen der AKP mit Kühlschränken etc. nicht mehr herein und auf vielen Ebenen scheint die kurdische Region in großen Teilen für die AKP verloren zu sein. Das Selbstbewusstsein der Bevölkerung und ihre Entschlossenheit machen es den staatlichen Kräften meist unmöglich mit Bestechungen und Bedrohungen erfolgreich zu sein.

ANTIKURDISCHE HETZE ERDOGANS

Aus diesem Grund findet insbesondere durch die AKP und ihren Premierminister eine massive antikurdische Hetze statt. Obwohl der Staat täglich mit Repression gegen die Bevölkerung vorgeht wird durch Erdoğan und die türkische Presse ein Bedrohungsszenario durch die kurdische Bewegung konstruiert, die angegriffenen zu Tätern gemacht und beispielsweise behauptet gegen Erdoğan in Colemerg (Hakkari) streikende Läden seien nur durch Erpressung geschlossen worden. Dagegen werde er vor gehen und die Region weiter militarisieren. So soll unter dem Vorwand der Garantie „geheimer und freier Wahlen“ das Militär und Polizei nach Erdoğan's Ankündigung massiv um und in Wahllokalen eingesetzt werden. Dass damit die Einschüchterung der kurdischen Bevölkerung bezweckt wird, machen die aktuellen Bedrohungen durch Polizei und Militär deutlich.

Folgen der Hetze

Die Hetze gegen BDP und gegen die kurdische Bevölkerung findet ihren Widerhall in faschistischen Kreisen. So fanden im ganzen Land Übergriffe auf Wahlbüros und Privatwohnung statt. In Maraş und Corum wurden die Wohnungen kurdischer AlevitInnen mit Kreuzen gekennzeichnet. Dies spielt auf die 70er, 80er und 90er Jahre an, in denen diese Markierung eine gezielte Todesdrohung war, nach der zum Beispiel im Maraş Massaker 1978 mehrere hundert Männer, Frauen und Kinder von türkischen Faschisten ermordet worden waren. In Beytüşşebap, in der Region Şırnak (Şırnak) wurde wenige Tage ein Wahlkonvoy der BDP von Verwandten des AKP Kandidaten mit Steinen beworfen. Dabei gab es mindestens zehn Verletzte.

In Istanbul wurden am 09. Juni 11 Menschen die für den linken Wahlblock, dem auch die BDP angehört plakatierten mit Tötungsabsicht von Faschisten mit Dönermessern teilweise schwer verletzt und in der Nacht zum 9.06. das Wahlbüro von Sebahat Tuncel mit Steinen angegriffen worden. Erst wenige Wochen zuvor war das BDP in Rubarok (Derecik) mit schweren Waffen und Molotowcocktails angegriffen worden.

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/05.htm>

Delegationsbericht aus dem Zentrum von Van

Unsere Delegation suchte insgesamt 14 Schulgebäude und 28 Wahlräume auf. Wir bekamen Zutritt zu allen von uns aufgesuchten Gebäuden. Es gab lediglich einige Male kurze Irritationen auf Seite der Polizei über unsere Anwesenheit, die sich jedoch problemlos klären ließ. Auch die Wahlräume konnten wir betreten, lediglich wurde unsere Besuchszeit in ca. 4 Büros von der uns in diesen Fällen begleitenden Polizei auf wenige Minuten begrenzt.

Polizei in allen Wahlgebäuden und Büros

In allen von uns besuchten Gebäuden waren Polizeibeamte anwesend. Bis auf zwei Ausnahmen waren sie direkt vor den 28 Wahlräumen postiert. Sie übernahmen auch organisatorische Aufgaben. Z.B. wurden sie damit beauftragt, Wählerlisten vor den Klassenräumen aufzuhängen oder die Warteschlangen zu ordnen. In acht Fällen hielten sich die Polizisten in den Räumen auf. In vier Fällen verließen sie unmittelbar nachdem wir eintraten den Raum. Darüber hinaus waren vor allen Wahlgebäuden Polizei postiert. Vor acht Gebäuden wurden Körperkontrollen durchgeführt. Ansonsten wurden lediglich die Wahlberechtigungsscheine kontrolliert.

Auf dem Gelände vor fünf der Gebäude waren zusätzlich verankerte und teils schussbereite Militärfahrzeuge postiert. In drei dieser Fälle waren Einheiten der Spezialeinheiten (Özel Tim) anwesend. In einem Fall verließen die Fahrzeuge unmittelbar nach unserer Ankunft das Gelände.

Auf unsere Nachfrage hin wurde die Anwesenheit des Militärs und auch der Polizei in den Wahlräumen damit begründet, dass es Vorfälle vor unserer Ankunft gegeben hätte, die nun bis zur Schließung der Büros durch die Anwesenheit der Sicherheitskräfte verhindert werden solle. Gemäß den Wahlgesetzen darf auch die Polizei den Schutzabstand zur Urne von 15m nur überschreiten wenn sie ausdrücklich vom Vorsitzenden der Wahlkommission dazu aufgefordert wird. Dass es in allen von uns besuchten Büros zu Zwischenfällen kam ist unwahrscheinlich. Vielmehr handelte es sich um einen systematischen geplanten Einsatz von Polizei und Militär in allen Wahlbüros.

Ablauf in den Wahlbüros

Die Vorsitzenden der Wahlkommission gaben fast immer bereitwillig Auskunft über den Verlauf der Wahlen, über ihren Umgang mit Analphabet_innen, alten und kranken Wähler_innen. Die offiziellen Wahlbeobachter (Müşahit) berichteten überwiegend, alles laufe sehr gut. Nur vereinzelt wurden entgegen der Aussagen der leitenden Wahlkommission berichtet, dass z.B. Analphabet_innen und alten Menschen praktische Unterstützung oder eine systematische Erklärung der Wahlzettel verweigert wurde. Analphabet_innen sagten bzw. sollten sagen, was sie wählen möchten, woraufhin ihnen das entsprechende Feld gezeigt wurde. Dies steht dem Grundprinzip einer anonymen Wahl entgegen. Oder es wurde gesagt 'Mach doch hier dein Kreuz'. Es wurden uns berichtet, dass alten und kranken Menschen teilweise die Unterstützung durch nahe Verwandte z.B. die Begleitung in die Wahlkabine, so wie es gesetzlich vorgesehen ist, verweigert wurde.

Beeindruckend war eine ältere wählende Analphabetin die uns auf Nachfrage stolz erklärte, dass sie selbstverständlich wisse, wo sie ihr Kreuz machen müsse. Insbesondere die Unterstützer_innen der unabhängigen Kandidat_innen hatten für die Bevölkerung Vorbereitungsveranstaltungen und zahlreiche Hausbesuche durchgeführt. Dort wurden auch die Wahlzettel erklärt, wodurch sich Analphabet_innen damit abhelfen konnten entweder die Wahlzettel auf eine bestimmte Art und Weise zu falten, bis sie zum gewünschten Feld kamen oder die Felder einfach abzählten.

Die offiziellen Wahlbeobachter, die in den Wahlräumen den Ablauf der Wahlen und später auch die Auszählung beobachten durften, schienen in Anwesenheit der offiziellen Wahlkommission sowie der Polizei teils eingeschüchtert. In mehreren Fällen wurden wir nach Verlassen des Büros von diesen Wahlbeobachtern noch einmal aufgesucht. Uns wurde dann von weiteren Unregelmäßigkeiten berichtet. Ihr Schweigen im Wahlbüro begründeten sie mit der Angst vor Verhaftung.

Die Urnen waren überwiegend versiegelt. In vier Fällen schien uns die Versiegelung nur teils effektiv, in einem Fall gab es keine Versiegelung. Was unmittelbar nach unserem Hinweis nachgeholt wurde.

Die Auszählung

Wir konnten der Auszählung in einem Wahlgebäude beiwohnen. Es waren Polizeibeamte in allen Auszählungsbüros anwesend. Ansonsten wurden die Umschläge ordnungsgemäß geöffnet und ausgewertet. Die Wahlzettel wurden im Anschluss unter dem Schutz eines Wasser/Gas-Werfers und einem kleineren Panzerfahrzeug zum zentralen Sammelort beim Vali gebracht. Die Bevölkerung sammelte sich bereits vor Beginn der Auszählung vor dem von Polizeieinheiten zugestellten Eingangstor und einer im Hintergrund agierenden Sondereinheit. Von BDPlern wurde uns berichtet, dass sich die Bevölkerung dort postiert, um zu verhindern dass wieder einmal Wahlurnen verschwinden. Mehrfach wurde von der Polizei unter Androhung vom Einsatz von Wasser- und Räumfahrzeugen versucht die Menge zu zerstreuen. Erst nach dem Abtransport der Urnen jedoch zerstreute sich die Menge und strömte ins Zentrum um die Wahlen zu feiern.

Schwere Übergriffe auf BDP Anhänger_innen in Van

Bereits ab 18 Uhr zogen feiernde Autokolonnen und kleinere Gruppen durch das Zentrum der Stadt. Polizei- und Militäreinheiten waren überall präsent. Polizisten schwenkten Maschinengewehre über ihren Köpfen und liefen im Trupp und militärische Parolen rufend durch die Straßen. Auch um das Gebäude des Vali waren mehrere Einheiten und Fahrzeuge postiert. Wir konnten vom Hotel aus am gleichen Platz schwere Übergriffe beobachten. Immer wieder wurden vorbeifahrende Fahrzeuge und deren Insassen, die Fahnen hochhielten, Siegeszeichen zeigten und Parolen riefen von am Rand stehenden Polizisten bedroht und einige Male mit Schlagstöcken geschlagen. Auch wurde willkürlich auf vorbeiziehende Fußgänger_innen geprügelt. In einem Fall wurden ein passierender Kleinbus und deren Insassen von ca. 10 behelmteten Polizist_innen angegriffen. Die Türen wurden aufgerissen, es wurde brutal mit

Schlagstöcken auf die Insassen eingedrückt, die Fenster wurden zerschlagen. Schließlich wurde der blutüberströmte Fahrer aus dem Fahrzeug gezerrt und unter weiterer Prügel zum Gebäude des Vali geschleppt. Der Minibus und die anderen vermutlich verletzten und unter Schock stehenden Insassen konnten unmittelbar nach diesem Angriff weiterfahren.

Darüber hinaus wurde das Gebäude der Kommunalverwaltung in Van angegriffen, Wasserwerfer, Gasgranaten und nach einzelnen Berichten auch scharfe Munition und Gummigeschosse gegen die feiernde Bevölkerung eingesetzt. Erst kurz vor Mitternacht zogen sich die Einheiten zurück.

Sieg für Erdogan und Kurden

Türkische Regierungspartei verfehlt verfassungsändernde Mehrheit – Linker Wahlblock mit Rekordergebnis

von Nick Brauns, Kars

Die islamisch-konservative AKP-Partei von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hat mit knapp 50 Prozent der Stimmen bei den türkischen Parlamentswahlen am Sonntag einen historischen Wahlerfolg verbucht. Obwohl die AKP damit rund 4,5 Prozentpunkte dazugewinnen konnte und mit 325 Parlamentssitzen über eine solide Regierungsmehrheit verfügt, verfehlte sie ihr Ziel einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit. Dies wäre nur möglich gewesen, wenn die faschistischen Grauen Wölfe unter die Zehnprozentwahlhürde gefallen wären. Doch die durch im Internet lancierte Sexskandale führender Grauer Wölfe angeschlagene MHP zieht leicht geschwächt mit 13 Prozent erneut ins Parlament ein.

Die kemalistische Republikanische Volkspartei CHP kam auf 26 Prozent. Punkten konnten die Kemalisten ausser in ihrer traditionell laizistischen Hochburg an der Ägäisküste um Izmir nur in Kilicdaroglus kurdischer Heimatprovinz Tunceli (Dersim), wo die religiöse Minderheit der Aleviten sich von der laizistischen CHP einen Schutz vor weiterer Islamisierung erhofft.

In vielen kurdischen Provinzen triumphierte dagegen der aus der prokurdischen „Partei für Frieden und Demokratie“ (BDP) und sozialistischen Parteien gebildete „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit“. Das zur Umgehung der Zehnprozenthürde mit formal unabhängigen Kandidaten angetretene Bündnis entsendet zukünftig 36 Abgeordnete in die neue Nationalversammlung – 16 mehr, als die BDP bislang hatte. Damit zieht auch die ehemalige Abgeordnete Leyla Zana, die in den 90er Jahren aus dem Parlament heraus verhaftet wurde, erneut in die Nationalversammlung ein. In Mersin wurde der türkische Linksintellektuelle und ehemalige Stadtguerillero Ertugrul Kürkcü für den Block gewählt und in Istanbul der Vorsitzende der Partei der Arbeit EMEP Levent Tüzel. Mit Rechtsanwalt Erol Dora aus Mardin gehört erstmals ein assyrischer Christ dem türkischen Parlament an.

Der Wahlerfolg des prokurdischen Blocks ist umso bemerkenswerter, da europäische Wahlbeobachter in den kurdischen Landesteilen zahlreiche Fälle von Wahlmanipulation und Wählerrepression zugunsten der AKP dokumentierten. So waren in vielen Wahllokalen bewaffnete Polizisten und Soldaten präsent, die Wähler einschüchterten. Offiziell zugelassene Wahlhelfer der BDP wurden von der Polizei verprügelt oder festgenommen. Auf einigen Stimmzetteln waren die Namen der Blockkandidaten abgeschnitten worden und mehrere Wahlurnen verschwanden vor der Stimmauszählung.

In Simak warfen Unbekannte eine Handgranate in eine Menschenmenge, die den Wahlerfolg des Blocks feierten. Eine Person wurde dabei getötet und über 20 teils schwer verletzt. Direkt im Anschluß an die Explosion griff die Polizei mit Gasgranaten und Gummigeschossen an, berichtet eine deutsche Wahlbeobachterdelegation aus Simak, der auch der Bundestagsabgeordnete Harald Weinberg angehört.

Während die Polizei auch in Van und Diyarbakir gegen feiende BDP-Anhänger vorging, kündigte Ministerpräsident Erdogan vor Tausenden AKP-Anhängern in Ankara an, den Dialog mit allen Parteien für eine neue Verfassung zu suchen. „Die Verfassung wird die Verfassung der Kurden, der Turkmenen, der Aleviten, aller Minderheiten sein, das heißt aller 74 Millionen Menschen“, versprach Erdogan.

Das muss man mit eigenen Augen gesehen haben

Ein Beispiel für die Zustände hier im fernen Osten der Türkei am Wahltag:

Am Vormittag wird unsere Delegation gebeten, in das Dorf Köroglu (Provinz Kars) zu fahren, weil sich dort die Militärpolizei (Jandarma) im Wahllokal aufhalten würde. Nach der Anfahrt über eine unbefestigte Straße kommen wir im Dorf an. Schon von weitem sehen wir die vor der kleinen Dorfschule geparkten Militärlaster und eine Gruppe von um die 20 Militärpolizisten mit Tarnanzug und Sturmgewehr (das deutsche G3).

Wir möchten in das Schulgebäude, werden aber zunächst vom Vertreter der Wahlaufsicht gehindert. Ein Freund von der BDP winkt uns herein, wir sollen den Mann ignorieren, was wir dann auch tun. Das erste was ich beim Betreten des Klassenzimmers sehe, ist ein Jandarma, der direkt neben der Wahlkabine steht und gerade einen prüfenden Blick in die Kabine wirft, in der jemand seine Stimme abgibt. Er trägt sein Sturmgewehr quer vor dem Bauch, ist groß, schlank und sehr jung, 19 oder 20 Jahre alt. Brigitte spricht ihn mit Hilfe unseres Übersetzers an und fragt ihn, ob er wisse, dass das türkische Gesetz einen Mindestabstand von 15 Metern vom Wahllokal für Polizei und Militär vorsieht. Er reagiert nicht und starrt an uns vorbei ins Leere. Dann sagt er endlich leise: „Ich möchte mich dazu nicht äußern.“ Schließlich kommt der Vorgesetzte dazu. Er erklärt, dass es am Morgen um 8 Uhr einen Streit zwischen zwei Personen gegeben habe. Daraufhin hätte der Leiter der Wahlkommission die Jandarma gerufen.

Warum diese um 11.30 Uhr immer noch im Wahllokal steht und in die Wahlkabinen schaut, konnte für uns nicht schlüssig erklärt werden. Und als wir das Wahllokal nach der Zusicherung, dass die Jandarma zufällig jetzt gerade wieder abgezogen werden sollte, wieder verlassen, schaut der junge Mann wieder in die Wahlkabine!

Die Dorfbewohner wirken eingeschüchtert und wir haben den Eindruck, dass es sich hier um eine zwischen dem AKP-Dorfvorsteher und der Jandarma abgesprochene Maßnahme handelt, um den Wählern die Macht des Staates zu verdeutlichen. Viele kurdische Dörfer wurden vor den Wahlen bedroht. Den Leuten wird gesagt, dass sie Nachteile zu befürchten haben, wenn sie nicht die AKP wählen: keine Befestigung von Straßen, Entzug von Weiderechten, Entzug der „Grünen Karte“ für eine kostenlose Basis-Gesundheitsversorgung, Streichung von Schulhilfen für die Kinder, keine Zuteilung von Kohle und Holz für die langen harten Winter (6 Monate, bis zu Minus 40 Grad). Im Kreis Sarikamis der Provinz Kars wurden diese Sanktionen ganz öffentlich bei einem der regelmäßigen Treffen des Gouverneurs mit den Dorfvorstehern verkündet.

Ulf Petersen und Yilmaz Kaba, Teilnehmer der Wahlbeobachtungsdelegation Kars

13. Juni 2011

Auswertung Montag, 13. Juni

Wir sind alle sehr traurig. Der Vormittag war geprägt vom Austausch und Vervollständigen der Informationen der Vorfälle und Wahlauswertung mit den Freunden der BDP und den Menschen auf der Straße.

Zu den Anschlägen:

Ein Verletzter hat schwere Kopfverletzung, einer hat eine starke Bauchverletzung, einer ist am Bein verletzt, einem wurde ein Finger abgerissen und weitere. Mit dem Krankenhausanschlag sind es insgesamt 20 Verletzte. Einige mussten in andere Krankenhäuser gebracht werden. Das jüngste Opfer ist zwei Jahre.

Das Krankenhaus hat nach drei Stunden seine Arbeit wieder aufgenommen, die Opfer sind versorgt. Der Anschlag auf das Krankenhaus ist ein weltweit geächteter Terrorismus.

Der Tatort von der Handgranate in der Nähe von unserem Hotel ist gesäubert, alle Beweisspuren entfernt, die Blutlachen waren nur noch leicht erkennbar.

Bei der Eskalation nach dem Anschlag gestern Abend, näherten sich Jugendliche mit Steinen auf die sich zurück ziehenden Polizeitrupps. Dies war eine geplante Provokation, um weitere Angriffe zu legitimieren. Es konnte glücklicherweise verhindert werden, dass die Jugendlichen weiter Richtung Polizei gingen. Als es dann den ersten Gasanschlag gab, flüchteten die Jugendlichen in eine Gasse. Daraufhin eröffnete die Polizei das Feuer auf die Jugendlichen mit G 3 Sturmgewehre aus Deutschland. Es wurde dabei niemand verletzt. Wir haben eine leere Hülsenpatrone.

Bei den folgenden Tränengasangriffen, die direkt neben uns los gingen, schließen wir nicht aus, dass er uns gegolten hatte. Wir waren einige Meter in einer Seitengasse gegenüber unserem Hotel. Wir waren mit Delegation, Dolmetscherinnen und ca. 4 Freunden ungefähr 10 Leute. Die Straße war ansonsten fast leer. Zumindest war es den Attentäter bekannt, dass wir in der Gruppe dabei waren, da wir uns davor mehrmals zu erkennen gaben.

Heute blieben alle Geschäfte aus Protest geschlossen.

Das Wahlergebnis ist als großer politischer Erfolg zu sehen. Es ist ein großer Schritt zur Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte für Demokratie und Freiheit in der Türkei und Kurdistan. 6 Direktkandidaten zogen in das Parlament. In Sirnak gewannen alle drei Direktkandidaten, wobei zwei davon derzeit noch im Gefängnis sitzen. Jetzt sind Anwälte gefordert, die Gewählten, die inhaftiert sind, aus den Gefängnisse zu holen.

Im Haus der BDP gab Harald ein Pressegespräch, das direkt im kurdischen Fernsehen gebracht wurde. Der Journalist hatte auch den gestrigen Abend mit uns verbracht und wird uns wertvolles Filmmaterial zur Verfügung stellen. Wir brauchen jemanden, der das für unsere Veranstaltung schneiden kann. Bediye bekommt es gemailt. Er hat alle Anschläge gefilmt.

Um 13 Uhr gab Markus ein Telefoninterview an Radio Z. Harald wurde von RTL angerufen, da seine Handynr. auf der Presseerklärung steht.

Um 14 Uhr war auf dem Balkon der BDP eine Presseerklärung mit Kundgebung. Viele Hunderte Menschen versammelten sich. Wir erfuhren viel Wärme und Dankbarkeit. Harald hat eine Rede gehalten, die großen Beifall bekam. Bei unserer Abreise erhielten wir einen wunderschönen kurdischen Teppich geschenkt.

Jetzt, um 17 Uhr hatten wir in Idil ein Treffen mit dem Abgeordneten Kaplan aus Sirnak und fahren jetzt direkt nach Batman. Amed lassen wir aus, weil es ein Umweg wäre. Wir wären erst dort, wenn das große Delegationstreffen vorbei wäre. Wir hatten der Kundgebung dem Vorrang gegeben, weil wir ja auch für Sirnak eingeteilt waren und es uns wichtig war, mit den Menschen zu sprechen.

In Batman gab es gestern Abend wohl keine Handgranaten aber 42 Verhaftungen. Nähere Infos haben wir nicht.

Bericht Sonntag von Marion mit Dolmetscherin Rusen

Ort: Deregule, 7.45 Uhr

Schulen als Wahllokal. Erste Schule: Militär war auf ca. 5 m von der Tür entfernt. : Behinderte dürfen keinen Familienangehörigen mit in die Wahlkabine nehmen, nur Blinde. Ein Wahlleiter (staatlicher Beamte aus Westtürkei) und 4 Parteienvertreter. Jeweils einer von den Unabhängigen. Dies war in allen Schulen so.

Zweite Schule: starke Militärpräsenz: zwei direkt am Eingang, einer im Foyer, einer stand direkt in der Tür zum Wahlraum. Einer von der Jandarma. Wir waren im Foyer. Eintritt in die Wahlräume wurde uns verweigert. Vor der Schule zwei Panzer mit ca. 20 Soldaten.

Dritte Schule: Staatlicher Bus mit Militär direkt neben der Schule. Ca. 20 Militärs und zwei von der Jandarma. Beobachtung ansonsten nichts Auffälliges.

Nächste Stadt: Cizre. Auf dem Weg Militärkontrolle. Gespräch mit Bürgermeister. In dieser Stadt leben ca. 70 % schwarz verschleierte Frauen. 2.000 Militärs wohnen dort. Trotzdem war die Situation entspannt und in den beiden Schulen keine Auffälligkeiten und kein Militär.

In der nächsten Schule (Yatili ilkokulu) gab es Tumulte vor dem Wahllokal und vor einem Wahlraum. Ein 12jähriger Junge sollte von der Polizei wegen angeblichen Steinwurf von der Polizei mitgenommen werden soll. Durch die heftigen Diskussionen und viele Menschen konnte das verhindert werden.

Nächste Schule Interview mit der kurdischen Presseagentur. Innen keine Auffälligkeiten.

Anruf, dass wir nach Silopi müssen. In der BDP-Zentrale war das Agenturbüro der kurdischen Presse. Dort Gespräch mit zwei sehr mutigen Journalisten (Kameramann und Fotograf). Sie berichteten, dass sie in keinem Wahllokal Zutritt bekommen, aber die türkische Presse schon. Weiter, dass viel Militär in den Wahlräumen sei. Haben mit Verhaftung gedroht und die Pressevertreter mit 10 Polizisten rausgeworfen.

Wir sind mit den Pressevertretern zur Schule Cumhuriyet. Wir sind rein, Presse durfte nicht rein. Polizeiwagen direkt vor der Tür. Diskussion im Wahlraum über demokratische Wahlen. An der Tür kam Polizeichef bewaffnet und wollte wissen, was wir hier wollen. Ich fragte ihn, warum man bei einer angeblich demokratischen Wahl mit derartigen Polizeipräsenz und Waffen anwesend ist. Er meinte, er garantiere für die Sicherheit jeder Stimme, er wüsste, wer gewinne. Bei diesem Gespräch am Eingang konnte gefilmt werden.

Nächste Schule auf Anruf: Eine herzkrankte ältere Frau saß seit einer Stunde im Auto und man brachte ihr nicht den Wahlzettel. Viele Menschen waren aufgebraust vor der Schule. Wir haben mit dem Verantwortlichen geredet und nach 5 Minuten bekam die Frau ihren Wahlzettel in das Auto gebracht (Fotos).

Gegenüber der BDP-Zentrale war das Kommunenzelt. Es war für mich eine schöne Erfahrung zu erleben, wie die Selbstverwaltung und Basisdemokratie funktioniert. Wir waren mehrmals in dem Zelt. Und es gibt feste Zeiten für Jugendliche, Frauen, Männer oder für alle um alle Angelegenheiten zu besprechen.

Dann mussten wir wieder zur ersten Schule, in der der Polizeichef war. Kurz vor 16 Uhr, dem Wahlende, haben 200 Polizisten aus der Westtürkei gewählt. Wir gingen hin und forderten ein Gespräch mit dem Polizeichef ein. Vor dem Wahllokal waren Hunderte aufgebrachte Menschen. Der Polizeichef ließ uns rein, wollte der Presse wieder den Zutritt verweigern. Wir konnten durchsetzen, dass gefilmt und fotografiert werden konnte. Der Polizeichef zeigte uns die Anordnung eines Richters, der die Wahl der Polizisten angeordnet hat. Bei dem Gespräch waren drei Anwälte dabei, die meinten, dass es nicht rechtens ist. Sie meinten, dass ein Richter nicht kurzfristig eine Wahlgenehmigung erlassen kann. Jeder muss an seinem Wohnort wählen. Sie werden klagen und die Wahl anfechten. Da es sich um eine BDP-Hochburg handelt, sollte scheinbar das Wahlergebnis beeinflusst werden.

Gespräche mit dem Bürgermeister und dem BDP-Vorsitzenden.

Fahrt nach Cizre zurück. Dort war kaum ein Durchkommen, da alle bereits feierten. Wir brauchten einen anderen Fahrer, dadurch nochmal eine Stunde Aufenthalt. Kurzes Gespräch mit BDP-Vorsitzenden. Die Wahl verlief außer den o.g. Vorfällen ruhig. Vor einem Wahllokal hatte sich ein Polizist mit einer in seiner Hand liegenden Handgranate verletzt.

Fahrt von Cizre nach Simak. Während der Fahrt erfuhren wir von dem Vorkommnissen in Simak, bei denen ein Jugendlicher verletzt wurde. Wir waren ca. 19.30 Uhr dort, führten Auswertungsgespräche mit den Freunden. Vor 21 Uhr traf sich unsere Delegation wieder. Menschen versammelten sich langsam, dann gab es vor der BDP die Feier mit Feuerwerk. Die Stimmung war voller Freude. Dann gingen wir die Straße entlang. Den weiteren Verlauf kennt ihr mit dem schrecklichen Ereignissen.

15.12.2011

Anlässlich der Parlamentswahlen in der Türkei am 12.6.2011 haben sich insgesamt 10 Beobachtungsdelegationen aus Europa in die kurdischen Provinzen des Landes begeben, um am Wahltag und den Tagen nach der Wahl die Entwicklungen zu beobachten. Aufgrund der Vielzahl von beobachteten Verstößen gegen türkisches und internationales Recht kann die Parlamentswahl 2011 keinesfalls als rechtsgemäße, allgemeine, freie, geheime und demokratische Wahl bezeichnet werden. Gravierende Verstöße gegen Türkische Gesetze und Verordnungen sowie internationale Standards waren kein Einzelfall, sondern eine systematische und flächendeckende Praxis der versuchten Einschüchterung und Wahlfälschung.

Die WahlbeobachterInnen, unter denen sich Europaparlamentarier, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, KommunalpolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und MenschenrechtsaktivistInnen befanden, hielten sich in den Provinzen Van, Batman, Kars, Ardahan, Diyarbakir, Urfa, Simak, Antep, Bitlis, Iğdir, Agri und Hakkari auf.

Die schwerwiegendsten Verstöße, die beobachtet und dokumentiert sind:

1. In der überwiegenden Anzahl der Wahllokale waren in den Städten bewaffnete Polizisten und in den Dörfern die Militärpolizei Jandarma und Dorfschützer (Dörfer) präsent. Nach einer Änderung des Wahlgesetzes im Jahr 2010 dürfen sich bewaffnete staatliche Sicherheitskräfte im Wahllokal bis zu 15 m vor den Wahlurnen aufhalten. Zuvor galt ein Abstand von 100 Metern. Besonders in weiteren kurdischen Provinzen wurde diese Änderung dazu genutzt, zu versuchen, WählerInnen u.a. durch Einschüchterungsversuche und Bedrohung vom Wählen überhaupt- oder von einer freien Wahl abzuhalten. Denn selbst diese aus menschenrechtlicher Sicht inakzeptable Regelung wurde flächendeckend nicht eingehalten. Die bewaffneten Kräfte hielten sich direkt vor oder in den Wahlräumen und zum Teil vor den Urnen und mit den WählerInnen in den Wahlkabinen auf
2. In mehreren Fällen prügelten Jandarma und Polizisten WählerInnen aus den Wahllokalen oder verhinderten deren Zugang dazu u.a. in den Provinzen Van, Agri, Igdir, Hakkari, Sirnak. Zum Teil geschah dies mit Waffengewalt oder mit Hilfe von Panzerfahrzeugen
3. Immer wieder konnte beobachtet werden, die UrnenvorsteherInnen ältere WählerInnen und AnalphabetInnen in die Wahlkabinen begleiteten und auf die AKP zeigten, die zu wählen sei.
4. Durch Geldgeschenke, Lebensmittel und Kleidungsgutscheine sowie das Versprechen von regelmäßigen Kindergeldzahlungen im Falle einer Wahl der AKP wurde versucht, vor allem in Gegenden mit überwiegend finanzschwacher Bevölkerung, die WählerInnen zu bestechen.
5. Die WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie (Bündnis der BDP mit weiteren linken Kräften) wurden in vielen Fällen aus den Wahllokalen ausgeschlossen
6. Allein in den kurdischen Provinzen des Landes, besonders in Agri, Van und Sirnak wurden mehr als 100 WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie verhaftet.
7. In vielen Fällen hielten Polizisten sich in Wahllokalen auf, verlangten die Vorlage des Personalausweises, um die Wahlnummern zu verteilen, unterzogen die WählerInnen einer Ganzkörperkontrolle und bedrohten sie dabei.
8. Allein in Istanbul wurden 1904 WählerInnen ohne ersichtliche Rechtsgrundlage bei der Wahl verhaftet
9. In der Provinz Ardahan drohten Imame Frauen in Gesprächen damit, dass Gott sie bestrafen würde, wenn sie ihre Stimme nicht der AKP geben würden
10. WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie wurden in vielen Fällen von der Auszählung ausgeschlossen
11. In mehreren Fällen verweigerten verantwortliche Behörden notwendige Gespräche mit ParlamentarierInnen und AnwältInnen

In Sirnak wurde eine Handgranate in die feiernde Bevölkerung geworfen. Hier hielt sich auch eine Wahlbeobachtungsdelegation mit dem MdB Harald Weinberg auf. Nach dem Attentat griffen die Polizisten die Menge mit Tränengasgranaten an. Auch die DelegationsteilnehmerInnen wurden beschossen.

Angestrebt wurde bei den Parlamentswahlen seitens der AKP eine 2/3 Mehrheit, um eine absolute Hoheit über den bevorstehenden Verfassungsgebungsprozess zu erlangen. Dieses Ziel wurde klar verfehlt. Bereits im April hatte die Regierung Erdogan im Schulterschluss mit dem Nationalen Sicherheitsrat MGK Polizeigewalt und Militäroperationen in den kurdischen Landesteilen ausgeweitet und selbst menschenrechtliches Engagement zu potentiellm Terror deklariert. In diesem Rahmen kam es zu 2500 Festnahmen von AktivistInnen und PolitikerInnen und der gewaltsamen Räumung von Informations- und Diskussionszelten des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie.

Offensichtlich sollte mit allen Mitteln die demokratische politische Entfaltung der kurdischen Bevölkerung verhindert werden.

Das Vorgehen bei den Wahlen und die Ereignisse danach lassen eine Regierungspolitik erkennen, die offensichtlich auf eine erneute militärische und sicherheitspolitische Eskalation der Lage setzt und somit eine demokratische Lösung der kurdischen Frage nahezu verunmöglicht.

Delegationsbericht Gruppe 6 Hakkari – Yüksekova – Dörfer

Am 11.6.2011 machte sich unsere Delegation gemeinsam mit der Delegation nach Sirnac und einigen kurdischen FreundInnen in einem Kleinbus auf den Weg Richtung Hakkari. Kurz vor Sirnac gerieten wir in die erste Militärkontrolle. Unsere Pässe wurden kontrolliert, außerdem wurde in den Kofferraum geschaut und einige Gepäckstücke wurden befühlt. Nach ca. einer halben Stunde ging die Fahrt weiter. Nachdem wir uns in Sirnac von der dort verbleibenden Delegationsgruppe verabschiedet hatten ging unsere Fahrt durch die wilden Berge Kurdistans weiter. Auf dem Weg mussten wir drei weitere Checkpoints passieren.

Um ca. 4 Uhr morgens erreichten wir Hakkari. Bei unserer Ankunft hielten drei gepanzerte Polizeifahrzeuge. Acht Zivilpolizisten stiegen aus, sie hielten Maschinengewehre in ihrer Hand und forderten von allen Insassen des Kleinbuses die Ausweise. Einer der Polizisten sprach deutsch. Einen kurdischen Freund behandelten sie grob, da er in ihrer Meinung nach respektloser Weise die Hände in den Hosentaschen hielt. Deswegen wurde er abgetastet und ans Fahrzeug gestellt. Die Einschüchterungsversuche der Polizei scheiterten aber und sie ließen uns alle nach ca. 20 Minuten gehen.

Nachdem wir uns einige Stunden ausgeruht hatten, begannen wir um ca. 8 Uhr morgens mit der Wahlbeobachtung. Wir begannen im BDP-Büro, wo bereits von unzulänglichen Vorgängen bei der Wahl berichtet wurde. So erklärten einige WählerInnen, dass die Polizei in einem Wahllokal unmittelbar neben der Wahlurne gestanden hatte und somit den vorgeschriebenen Abstand von mindestens 15 Metern nicht eingehalten hatte. Unsere Delegation teilte sich in zwei Gruppen, die eine blieb in Hakkari, die andere fuhr ins Umland Richtung Yüksekova.

Gruppe nach Yüksekova:

Um 9 Uhr wurde bekannt, dass es an einem Wahllokal in Hakkari eine angespannte Situation gäbe. Wir machten uns auf den Weg zum Wahlgebäude. Dort konnten wir beobachten, wie WählerInnen von der Polizei belästigt wurden. Es herrschte eine aufgebrachte Stimmung im Wahllokal, die Schlangen vorm Gebäude waren lang und es gab ein Gedränge, die Polizei stand in einem Raum direkt neben der Wahlurne. Ein Fotograf wurde kurzzeitig des Raumes verwiesen. Insgesamt war auffällig, dass sich ca. 60 Polizeibeamte im und am Gebäude befanden, teilweise trugen sie Gasgranaten am Gürtel. Vor jedem der neun Räume, in der sich eine Wahlurne befand, waren zwei Polizisten postiert. Einige WählerInnen wurden von der Polizei gefilmt, auch wurde beobachtet, wie Polizisten versuchten älteren Frauen alte, bereits ausgefüllte Wahlzettel zu geben. Dieses Vorgehen ist ein eindeutiger Versuch, das Wahlergebnis zu verfälschen. Auch die repressive Stimmung am Gebäude minderte die Möglichkeit des freien Entschlusses, welche Partei man wählen wolle.

Nachdem sich die Situation entspannt hatte, machte sich die Delegation auf dem Weg nach Yüksekova. Auf dem Weg konnte beobachtet werden, dass in vielen Dörfern um Hakkari Militärfahrzeuge vor den Wahllokalen standen, die repressive Stimmung war auch hier deutlich zu spüren.

In Yüksekova selbst war die Situation entspannter als in und um Hakkari. Dennoch entsprachen die Wahlen in keiner Weise den Standard freier und demokratischer Wahlen. Auch hier war viel Polizei und Militär auf den Straßen. Einige Wahllokale wurden kurzfristig umgelegt, sodass Unklarheit herrschte, wer wo seine Stimme abgeben konnte. Die Wahlzettel waren ebenso wie in den gesamten anderen kurdischen Regionen tendenziös: Während die Parteien in gut leserlicher Schriftgröße und mit einem Symbol abgebildet waren, waren die unabhängigen Kandidaten am Rand des Zettels, sehr klein geschrieben (ca. Schriftgröße 8) und ohne Symbol abgebildet. Auch kam es vor, dass die Stempel, mit dem der Wähler seine Wahl zum Ausdruck bringt, zu feucht war, sodass beim Zusammenfallen des Zettels zu einem Farbübertrag und damit zur Ungültigkeit der Stimme führte. Insbesondere für WählerInnen, die nicht Schreiben und Lesen können, war die Situation unhaltbar, da die Wahlhelfer häufig die Wahlzettel entgegen den Vorschriften nicht erklärten. Weiterhin wurden die Briefumschläge, in die die Wähler ihren Stimmzettel steckten, oft nicht zugeklebt, was eine Wahlfälschung vereinfacht. In einem Lokal hatten wir die Möglichkeit mit einem AKPLer und dem Chef der Wahlurne zu sprechen. Der Chef der Wahlurne gab im Gespräch zu, dass die Wahlzettel nicht fair seien. Hervorzuheben ist aber, dass es sich hierbei um Missstände handelt, die nicht Yüksekova allein, sondern die gesamte kurdische Region der Türkei betreffen.

Anders war die Situation im Dorf Suüstü (kurdisch: Sakita) unweit von Yüksekova. Hier herrscht noch das Aga-System. Der Aga ist Eigentümer der bewirtschafteten Flächen und hat damit viel Macht über die Bevölkerung, dessen Arbeitskraft er ausnutzt, während sie in ärmlichen Bedingungen lebt. Abgesichert wird dieses System durch ein Heer von hörigen Dorfschützern, die die Bevölkerung einschüchtern. Der Aga in Suüstü ist AKP-Anhänger und hat immensen Druck auf die Bevölkerung aufgebaut, die AKP zu wählen. So berichtete ein Wähler, bei Abgabe

seiner Stimme sei es zu einem Streit gekommen. Der stellvertretende Bürgermeister Rüstü Zaydan habe ihn und andere Wähler aufgefordert AKP zu wählen. Ein dazu gerufener Verwaltungsangestellter stelle klar, dass es sich um eine freie Wahl handle und jeder wählen dürfe, wen er wolle. Daraufhin rief der AKP Mann mit seinem Handy bei einem anderen an und sagte wörtlich: „Bringt die Waffen mit und kommt vorbei, die machen wir fertig“. Diese Drohung wurde zwar bisher noch nicht wahrgemacht, allerdings hat die Bedrohung noch verwirklicht werden würde. Der Großteil der Bevölkerung traute sich auch entsprechend nicht uns über die Umstände aufzuklären, aber am Ende überwand sich zwei Angestellte der Stadtverwaltung und berichteten uns die oben genannten Vorfälle. Sie erzählten uns auch, dass Sie sich bei der nächst höheren Stelle beschwert hatten und diese zwei Beamte in das Dorf geschickt hatten. Diese tranken aber nur einen Tee mit dem Aga und sandten danach einen Bericht aus, dass alles ok sei. Bei unserem Gespräch wurden wir von Dorfschützern mit Maschinengewehren und Militärs beobachtet. Vorm Wahlgebäude standen Militärfahrzeuge. Das Militär ist auch ins Gebäude gegangen. Dass die Bevölkerung trotz dieser massiven Bedrohungssituation den Mut aufbrachte uns zu berichten, liegt daran, dass sie die unhaltbaren Zustände nicht länger ertragen. Der AKP-Bürgermeister regiert seit 25 Jahren, obwohl er keinen Wahlkampf betreibt. Schon dreimal zahlte die Bevölkerung für die Erneuerung der Straßen, doch bis heute wurde keine einzige Straße saniert. Unsere Gesprächspartner machten klar, dass sie mit ihrer Geduld am Ende seien und endlich in Frieden und Freiheit leben wollten. Die Bevölkerung machte uns klar, dass es Ihnen nicht um Arbeit und Essen im Bauch ginge und Sie sich auch nicht, wie in den letzten Jahren, damit zufrieden stellen würden. Sondern es ging Ihnen um Grund- und Freiheitsrechte, wie Sie Öcalan verkündet hat.

Gruppe Hakkari:

Noch bevor wir vom BDP-Büro in die Wahllokale führen, kreiste um 8 Uhr ein Hubschrauber über dem Stadtzentrum. Vor allen Wahllokalen, die wir besuchten, war ein Polizist in Zivil, Uniform und sogar voller Kampfausstattung postiert. Uns wurde berichtet, dass die Wähler vor einem Wahlgebäude ganz offen gefilmt wurden. Nachdem dagegen Protest eingelegt wurde, stellte die Polizei dies ein.

Wahlhelfer berichteten, dass auch in Wahllokalen „verdeckt“ gefilmt wurde, wir konnten beobachten, dass die Polizei in einem Gebäude Personalienfeststellungen durchführte.

BDP-Wahlhelfer wurden mehrfach durch die Polizei der Wahllokale verwiesen, in einigen Fällen zerriss man ihre Ausweise. Polizisten pöbelten Wähler an mit den Worten „was willst du hier, du bist verdächtig, verschwinde!“ und zerrissen deren Wahlzettel.

Die offiziell bestellten Wahlhelfer und Wahlleiter wurden von der Polizei aufgefordert, die Passfotos der Wähler genau anzuschauen und bei der geringsten Nichtübereinstimmung, die betreffende Person nicht wählen zu lassen. Den Wahlhelfern wurde mehrfach von der Polizei untersagt, Wählern das Prozedere zu erläutern, Behinderten beim Abstempeln zu helfen, Sehbehinderten die Wahlzettel vorzulesen, was in den Wahlbestimmungen explizit vorgesehen ist. Häufig kamen Polizisten in die Wahllokale selbst.

In keinem der Lokale wurde der gesetzlich vorgeschriebene Mindestabstand von 15 Metern zwischen Wahlurne und Polizei eingehalten, wir selbst haben Abstände von 4 bis 8 Metern gemessen. Es wurde mehrfach dagegen von Wählern und Wahlhelfern protestiert und nachdem sich die Anwesenheit der Wahlbeobachter bei der Polizei herumgesprochen hatte, zogen sich die Polizisten auch etwas zurück. Anzumerken wäre hier, dass die Wahlhelfer und Beobachter der BDP den friedlichen Ablauf der Wahl nicht durch ein Insistieren auf die 15 Meter gefährden wollten.

Auf unsere Frage nach dem Ablauf der Wahlen bekamen wir zunächst überall zur Antwort: alles in Ordnung, keine Probleme. Das dürfte auch der Anwesenheit von Polizei in Sicht- und Hörweite geschuldet sein, blieben wir ein wenig länger, trauten sich Wahlhelfer und Wahlleiter dann aber oft doch, von Unregelmäßigkeiten zu berichten. In einigen der Wahllokale wurden wir offen feindselig empfangen, in anderen hingegen sehr freundlich und mit der Bemerkung, dass unsere Anwesenheit wichtig sei.

Behinderungen fanden aber auch durch die Wahlhelfer selbst statt:

Man untersagte Angehörigen die Hilfe beim Abstempeln des Wahlzettels, was vom Gesetz ausdrücklich gestattet ist und verwies sie des Raums.

Die Wahlunterlagen wurden so überreicht, dass das AKP-Logo oben war und so deren Wahl nahegelegt wurde. In einem Wahllokal wurden unter dem Tisch des Wahlleiters bereits für die AKP abgestempelte Wahlzettel gefunden. Dies wurde gefilmt und man verständigte Selahattin Demirtas, den Kandidaten des BDP-nahen Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit, der den Staatsanwalt einschaltete.

Ein besonders eklatanter Verstoß gegen das Recht auf freie Wahlen wurde uns am Abend durch 4 WahlbeobachterInnen der BDP berichtet:

Nach Schließung der Wahllokale gegen 17 Uhr wollten sie das Ergebnis der Urnenausählung vor Ort ausgezählt und vom Wahlleiter beurkundeten Stimmen ansehen. Auf dem Weg dorthin wurden sie gezielt von der Polizei, die zuvor ihr KFZ-Kennzeichen notiert hatte, unter dem Vorwand des Drogenschmuggels angehalten. Über eineinhalb Stunden durchsuchte man das Auto und die vier WahlhelferInnen, eine der Frauen wurde von einem Polizeispürhund angefallen. Diese Frau arbeitet bei der Stadtverwaltung und empfand den Versuch, sie als Kriminelle hinzustellen, als bewusst eingesetzte Erniedrigung.

Die Einschüchterungsversuche der Polizei waren offensichtlich, sie scheiterten aber an der Entschlossenheit der Menschen, ihre parlamentarischen VertreterInnen zu wählen. Eine Wahlbeteiligung von 85 % bringt das klar zum Ausdruck. Wir sahen viele sehr alte Menschen, die sich sogar ins Wahllokal tragen ließen, um an der Wahl teilzunehmen, in einem Fall eine 98 jährige Frau!

Bericht der Bitis Delegation 2 (Beate, Zozan, Linda)

Am Abend unserer Ankunft, hatten die Leute von der BDP in Bitlis erst einen Transporter der Post gestellt, der Tee, Mehl, Zucker etc. als "Wahlgeschenke von der AKP" verteilte und kurz danach noch AKP Mitglieder die Kühlschränke an die potentiellen Wähler verteilten. Am Wahltag waren wir in den Regionen Tatvan, Ahlat und Adilcevaz.

Im Zentrum von Tatvan kam es zu keinen besonderen Vorfällen. Aber auch dort hielten sich überall uniformierte Polizeibeamte in den Wahllokalen auf.

An einer Stell hatte ein Polizist versucht seine Stimme zweimal abzugeben. Für Polizeibeamte gibt es besondere Wahlurnen und er hatte dort gewählt und hatte versucht noch einmal als Zivilperson zu wählen.

In Ahlat wurden wir zu einem Wahllokal in das Dorf Yogurtyemez gerufen, vor dessen Eingangstür ein bewaffneter Dorfschützer stand-vor dem Eingang zu Schulhof befand sich ein gepanzertes Fahrzeug und vier mit MGs bewaffnete Jandarma.

In Adilcevaz wurde uns berichtet, dass Stimmzettel unkorrekt an die Wähler übergeben wurden: mit der beschrifteten Seite nach aussen und mit einem Finger auf die AKP zeigend.

In Aydinlar (Adilcevaz) wurden wir zu einem Wahllokal gerufen in dem sich seit dem Morgen der amtierende AKP Bürgermeister aufhielt und mit seiner Anwesenheit versuchte Druck auf die Entscheidung der Wähler auszuüben.

Darüber hinaus konnten wir dort beobachten, wie ein Mann mit mehreren Stimmzetteln in die Wahlkabine ging und mit zwei Umschlägen wieder herauskam. Auf Nachfrage sagte er, er habe für seine Frau mitgewählt die im Krankenhaus läge, was vom Wahlvorstand bestätigt und als korrekt angesehen wurde.

In der Provinz Bitlis erreichte die Block 40,3% und konnte damit einen Abgeordneten; Hüsamet Zenderioglu, ins Parlament bringen

Bericht der Wahlbeobachtungsdelegation aus Patnos

Die Stadt

Patnos ist eine Stadt mit offiziell 62068 EinwohnerInnen (Landkreis Patnos 122231 EinwohnerInnen), in der Provinz Agri (530879 EinwohnerInnen). Seit 2009 stellt die Demokratische Friedenspartei (BDP) hier den Bürgermeister. Insgesamt ist die Provinz Agri relativ konservativ geprägt. Hier herrscht starke Repression durch Militär, Geheimdienst und Polizei. Ebenfalls in der Stadtmitte befindet sich eine große Militärstation. Im öffentlichen Raum sind nur wenige Frauen sichtbar.

Patnos ist in einem Tal zwischen mehreren Bergen gelegen. Die Bevölkerung lebt überwiegend von Landwirtschaft. Die Ebene von Patnos wird seit 1300 v.Chr. besiedelt und war eines der Zentren der Urartäischen Zivilisation. In der

Stadt befinden sich mehrere Ruinen aus der Urartäischen Zeit. Besonders erwähnenswert ist die Burg Aznayaur Tepe, ein sehr beeindruckendes historisches Gebäude.

Der Bürgermeister der Stadt ist Yusuf Yilmaz. Die Stadtverwaltung setzt, wie in sämtlichen Gemeinden, die von der BDP regiert werden, trotz desaströser Finanzlage Projekte zur Verbesserung der Lebenslage der Menschen um.

U.a. wurde in der Stadtmitte ein Erholungspark mit Restaurant gebaut.

Die türkische Regierung und Gouverneure sämtlicher kurdischer Provinzen benachteiligen die von der BDP regierten Gemeinden entgegen europäischen Standards systematisch.

Die Wahlen

In der Stadt Patnos

Wir besuchten mehrere Wahllokale, die sich meist in Schulen befanden. Wir hatten die Möglichkeit mit WählerInnen, UrnenleiterInnen, WahlbeobachterInnen der AKP, CHP, MHP und des Wahlblocks für Demokratie, Arbeit und Freiheit (einem Bündnis der BDP mit mehreren türkischen Linken Parteien, Intellektuellen und KünstlerInnen), Jugendlichen, StudentInnen, Ärzten, Polizisten, einem Richter, Anwälten, Mitgliedern der Menschenrechtsorganisation İnsan Hakları Derneği (IHD), dem Bürgermeister der Stadt, Yusuf Yilmaz, Muhtaren (Dorf- und Stadtteilvorstehern) und Mitgliedern der BDP zu sprechen.

In sämtlichen Wahllokalen befanden sich direkt vor dem Wahllokal, in einem Abstand von weniger als 100 Metern Polizeikräfte in Zivil und Uniform (teilweise gepanzert und mit Gewehren im Anschlag), die in einigen Fällen den Zugang der WählerInnen zum Wahllokal erschwerten und zum Teil auch phasenweise blockierten. In jedem der Wahllokale in den Schulen der Stadt sahen wir bewaffnete Polizeikräfte in Uniform und Zivil, die sich meist in einem Abstand von weniger als fünf Metern von den Urnen aufhielten. Im Gespräch mit WählerInnen, WahlbeobachterInnen und Wahlleitern/Urnenvorsitzenden erfuhren wir, dass besonders Jugendliche unter Androhung von Folter mit Schlagstöcken aus dem Wahllokal geprügelt wurden. Auch ältere Frauen waren davon betroffen.

Unsere Delegation wurde die meiste Zeit von Zivilpolizisten und teilweise auch uniformierten Kräften verfolgt. Bei jedem der besuchten Wahllokale berichteten WahlbeobachterInnen und WählerInnen, dass sich die dort massiv präsenten Polizeikräfte kurz vor unserer Ankunft Großteils zurückgezogen haben – und sich nach unserem Verlassen des jeweiligen Wahllokals wieder dort hinein begeben haben.

Die Polizisten und Geheimdienstmitglieder, die sich auch nach unserem Eintreffen noch direkt vor den Urnen aufhielten, sagten auf unsere Nachfrage, dass sie nicht, wie gesetzlich vorgesehen, von den UrnenleiterInnen nach Unruhen aufgefordert wurden sich den Urnen näher als 15 Meter zu nähern, sondern von einem Kommandanten. In keinem der Fälle wurde uns der Name des Kommandanten genannt. Die Polizisten in Zivil und Geheimdienstmitglieder trugen ihre Pistolen an der Hüfte offen zur Schau. In den überwiegenden Fällen gaben die UrnenleiterInnen uns die Auskunft, dass es keinerlei Probleme oder Unruhen im Wahllokal gebe, sich die „Sicherheitskräfte“ aber ohne ihre Aufforderung in unmittelbarer Umgebung der Urne aufhielten. In einigen Fällen sagten UrnenleiterInnen, dass sie die Sicherheitskräfte gerufen hätten. In etwas längeren Gesprächen und auf Nachfrage nach ihrem Namen, wurde dann jedoch zugegeben, dass Mitglieder des JITEM und Polizisten sie gezwungen hatten, dies gegenüber internationalen Wahlbeobachtern so zu äußern. **(siehe unten 1.)** In einem Fall sagte der Wahlkommissionsleiter er habe nach Unruhen die Polizei gerufen, ein weiteres Mitglied der Wahlkommission sagte, dass es keinerlei Unruhen gegeben habe und die Polizei sich ohne Aufforderung dort aufgehalten habe.

In der Schule „Vali Yusuf Yavascan İlköğretim“ hielten sich in einem Lehrerzimmer im Eingangsbereich ca. 10 Polizisten in Uniform auf, die WählerInnen gegen Vorzeigen des Passes ihre Wahlnummern und Urnen, mit Hilfe Internetzugangs mitteilten. Die übliche Praxis waren diesbezüglich Aushänge im Wahlbereich. Die Erfüllung dieser Aufgabe durch Polizeikräfte, gegen Vorlage einer Identifikation entbehrt jeglicher Rechtsgrundlage, stellt einen massiven Verstoß gegen den Grundsatz der geheimen Wahl dar und kann in Anbetracht der Situation nur als versuchter Einschüchterungsversuch der WählerInnen gesehen werden. Im Gespräch teilte uns der verantwortliche Polizeibeamte vor Ort, S. Güzel, mit, dass er einen derartigen Befehl von seinem Kommandanten erhalten hatte, den er zu einem Gespräch rufen würde. Die Person, die dann in zivil erschien und uns als Kommandant benannt wurde, verweigerte jedoch in demonstrativer Ignoranz jegliches Gespräch.

In dem Wahllokal in der Schule Nisan İlköğretim Okulu wurden der Urnenleiter und Wahlhelfer von einem Polizisten oder Geheimdienstangehörigen in zivil bedrängt und bedroht (1.). Vor der Schule bedrängten ungefähr 20 Polizisten die DelegationsteilnehmerInnen, während Sondereinheiten der Polizei für mehrere Minuten, das gesamte Wahllokal

hermetisch abriegelten. Insbesondere unser Dolmetscher wurde hier aggressiv angegangen und bedroht. Nach langem ruhigen einreden auf den zuständigen Einsatzleiter konnten wir die Situation deeskalieren und die Wahlbeobachtung fortsetzen.

In keinem der von uns in Patnos besuchten Wahllokale wurden die ohnehin schon menschenrechtswidrigen Abstandregulierungen seitens der Sicherheitskräfte eingehalten.

Frauen waren am Wahltag, sowohl auf der Straße als auch in den Wahllokalen kaum zu sehen. Die ständige ungeheure Repression durch Sicherheitskräfte ist einer der wesentlichen Gründe dafür; ein weiterer die konservative Grundstruktur in der gesamten Provinz Agri.

Am Wahltag wurden 16 WahlbeobachterInnen der BDP wegen der vermeintlichen Anstiftung zu Unruhen verhaftet. Die WahlbeobachterInnen des Wahlblocks wurden systematisch aus den Wahllokalen verwiesen. Auf unsere Nachfrage hatten diese, in den von uns nachvollziehbarem Fällen jedoch lediglich kritische Fragen gestellt oder das bedrohliche und rechtswidrige Verhalten der Sicherheitskräfte kritisiert.

Viele bei der Hohen Wahlkommission (YSK) akkreditierte Wahlbeobachter, die die „Sicherheitskräfte“ der BDP zuordneten, wurden ebenfalls von der Auszählung ausgeschlossen.

Die Öffnungszeiten der Urnen sollte von 7 Uhr bis 16.00 Uhr sein.

Die Situation in den Dörfern

Grundsätzlich ähnelte die Praxis in den Dörfern im Landkreis Patnos, den in Bezug auf die Stadt beschriebenen Mechanismen. Da in Dörfern jedoch eher das Militär (Jandarma) und Dorfschützer die Funktion der Polizei erfüllen, ist die Praxis dort jedoch in vielen Fällen noch gewaltförmiger und bedrohlicher.

In einigen Dörfern wurde darüber hinaus, übereinstimmenden Berichten von AnwältInnen, MenschenrechtlerInnen, WahlbeobachterInnen verschiedener Parteien, der Kommunalverwaltung, dem Bürgermeister der Stadt und DorfbewohnerInnen zufolge massiv Gewalt gegen die DorfbewohnerInnen angewendet. Oft wurde eine Mehrheit der Dorfbewölkerung geschlagen. Dabei wurde seitens der Jandarma angekündigt: „Wir werden die AKP hier zur ersten Partei machen.“ In anderen Fällen wurde bereits seit Öffnung der Wahllokale jegliche Wahlmöglichkeit verhindert. Stattdessen füllten die Soldaten (Jandarma) die Stimmzettel selbst aus. Die Wahllokale wurden daraufhin direkt geschlossen, die Urnen bereits mittags zur Auszählung in die zentrale Auszählungsstelle gebracht. In weiteren Dörfern kam es zu Wahlbetrug und Gewalt durch Militär (Jandarma). Bereits vor den Wahlen bedrohten Jandarma oder Dorfschützer die DorfbewohnerInnen mit Kollektivstrafen oder Gewaltandrohungen und Todesdrohungen.

Betroffen von einer derartigen Praxis waren folgende 33 Dörfer:

- Köseler
- Gönlüacik
- Yesilhisar
- Saridibek
- Gündüz
- Yukarigöğmez
- Hisar
- Konakbey
- Kurekli
- Derecik
- Aktepe
- Ergecli
- Andacli
- Karatoklu
- Pirömer
- Yurtören
- Akdilek
- Bozoglak
- Baltacik
- Cavus
- Dedeli
- Degirmendüzüp
- Dogansu
- Gökoglu
- Gencali

- Güverncili
- Hasandolu
- Kuskaya
- Kurukaya
- Özdemir
- Suluca
- Yürükveren
- Zirekli

In zwei Dörfern einigten sich die Männer, laut Aussagen betroffener Frauen darauf, keine Frauen wählen zu lassen und stattdessen die Stimmen selbst und durch Söhne abzugeben

Versuch des Gesprächs mit der zuständigen Wahlrichterin

Nach dem Schließen der Wahllokale und Beobachtungen der suchten wir das Gespräch mit der für die Wahl zuständigen Wahlrichterin, die im Gebäude des Bezirksgouverneurs (Kaymakam) residierte, um u.a. die Rechtswidrigkeiten im Wahlverlauf zu thematisieren. Das Gebäude wurde hermetisch von Sondereinheiten der Polizei abgeschirmt. Erst nach mehrmaligen insistieren konnten wir das Gespräch mit dem Stellvertreter der Richterin suchen. Dieser fing jedoch nach ca. einer Minute Gespräch, nachdem wir unsere erste Frage nach den Modalitäten der Auszählung gestellt hatten, sofort an laut und aggressiv zu schreien ohne auf die Frage einzugehen. Nach ca. 5 Minuten des Versuchs einen sachlichen Ton in das Gespräch, jenseits von Provokation und versuchter Erniedrigung zu bringen, brachen wir das Gespräch, ohne Klärung eines unserer Anliegen ab.

Wahlergebnis für Patnos und die Provinz Agri

Patnos

- | | |
|---------------------------------|---------------|
| • AKP | 20015 Stimmen |
| • Halil Aksoy - Wahlblock (BDP) | 14809 Stimmen |
| • CHP | 1139 Stimmen |
| • Nidai Seven | 907 Stimmen |
| • BBP | 759 Stimmen |
| • MHP | 493 Stimmen |
| • DSP | 222 Stimmen |
| • Andere | 973 Stimmen |

Provinz Agri

278399 WählerInnen

Davon haben gewählt: 207834

Davon gültige Stimmen 201974

- | | | | |
|---------------|-------|--------|--------------|
| • AKP | 95957 | 47,51% | 3 Kandidaten |
| • Halil Aksoy | 82882 | 41,04% | |
| • CHP | 4483 | 2,22% | |
| • MHP | 4457 | 2,21% | |

Nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse feierte die Bevölkerung den Erfolg des Wahlblocks. Die Bevölkerung sieht den Erfolg der BDP als klare Positionierung zugunsten der Demokratie. In Parolen wurde das Modell der Demokratischen Autonomie und die Verbundenheit mit der PKK zum Ausdruck gebracht. Die juristische, militärische und polizeiliche Unterdrückung wird berechtigter Weise als nicht mehr hinnehmbar angesehen. Die in Patnos allgegenwärtige Repression erinnert eher an Zustände in einer autokratischen Gesellschaftsordnung oder einer Militärdiktatur. Dementsprechend wird sie von der Bevölkerung als Besatzung mit faschistoiden Momenten wahrgenommen.

Fazit

Die von uns geschilderten Beobachtungen wurden durch das Abgleichen der Vorgehensweisen mit weiteren WahlbeobachterInnen, AnwältInnen und MenschenrechtlerInnen und der Kommunalverwaltung bestätigt. Die Parlamentswahl 2011 kann in Patnos keinesfalls als rechtsgemäße, allgemeine, freie, geheime und demokratische Wahl mit einer offenen Auszählung betrachtet werden. Gravierende Verstöße gegen Türkische

Gesetze und Verordnungen sowie internationale Standards waren kein Einzelfall, sondern eine systematische und flächendeckende Praxis der versuchten Einschüchterung und Wahlfälschung. In Bezug auf das Wahlrecht wurde besonders das neue Gesetz, in der Region Patnos, wie in sämtlichen weiteren kurdischen Provinzen, dazu genutzt, zu versuchen WählerInnen vom Wählen überhaupt- oder von einer freien Wahl abzuhalten.

Die AKP Regierung und Sicherheitskräfte haben in Patnos, sowie in den kurdischen Provinzen durch Einschüchterung, Bedrohung, Rechtsverletzungen, beliebige, politisch motivierte Verhaftungen und nicht unerheblichen Wahlbetrug, sowie Gewalt bishin zum Werfen einer Handgranate in eine feiernde Menge in Sirnak, in der sich auch eine Wahlbeobachtungsdelegation mit dem MdB Harald Weinberg befand, versucht die real bestehenden politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der AKP zu beeinflussen. Angestrebt wurde seitens der AKP eine 2/3 Mehrheit, um eine absolute Hoheit über den bevorstehenden Verfassungsgebungsprozess zu erlangen. Dieses Ziel wurde klar verfehlt.

Bereits im April hatte die Regierung Erdogan im Schulterschluss mit dem Nationalen Sicherheitsrat MGK Polizeigewalt und Militäroperationen in den kurdischen Landesteilen ausgeweitet und selbst menschenrechtliches Engagement zu potentiell Terror deklariert. In diesem Rahmen kam es zu 2500 Festnahmen von AktivistInnen und PolitikerInnen und der gewaltsamen Räumung von Informations- und Diskussionszelten des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie.

Offensichtlich sollte mit allen Mitteln die demokratische politische Entfaltung der kurdischen Bevölkerung verhindert werden.

Der Wahlblock um die BDP errang 36 Sitze im Parlament. Das ist ein großer Erfolg und zeigt, dass eine basisdemokratische Vorgehensweise, mit der Orientierung an den konkreten Realitäten und Bedürfnissen der Bevölkerung langfristig erfolgreich ist. Auch die Einbindung weiterer linker und humanistischer Kräfte ist perspektivisch für die Entwicklung einer türkeiweiten Linken Kraft ein positives Signal.

Die Regierungspolitik, die offensichtlich auf eine erneute Eskalation und die Provokation eines Bürgerkriegs setzt und somit auf eine jedoch nicht mögliche militärische Lösung der kurdischen Frage setzt, wird das Land destabilisieren. Das ist im Grunde auch kongruent mit den geostrategischen Interessen der Europäischen Großmächte und der USA im Mittleren Osten. Die AKP soll in diesem Zusammenhang als „Rolemodell“ für einen „gemäßigtem“ Islam dienen, der Märkte und Strukturen marktradikalen sowie imperialistischen Interessen unterordnet.

In der Anerkennung der BDP (des Wahlblocks), sowie den von der kurdischen Bevölkerung als ihre politische Vertretung gesehenen Abdullah Öcalan und der PKK als Gesprächspartner in einem möglichen Friedensdialog läge demgegenüber die Chance zur notwendigen Demokratisierung des Landes.

Bericht:

Britta Eder, Rechtsanwältin

Michael Knapp, Historiker

Martin Dolzer, Soziologe